drigsten Löhne aller Industriearbeiter erhalten. Ihr Jahresverdienst war 924 Dollar, ein Betrag der zur Beschaffung des Allernotwendigsten zu gering war, deshalb müssen Frauen und Kinder der Textilarbeiter auch in den Betrieben arbeiten, wenn sie nicht buchstäblich verhungern wollen. Und trotzdem verteilen sich die Arbeitsgeber darauf, die Reduzierung bis auf 20 Prozent der Löhne mit aller Gewalt herbeizuführen.

**Trotzdem heimsen die Fabrikanten steigende Profite ein.**

Die Amoskeag Mills, die bedeutendste Textilfabrik in New Hampshire, wies eine Steigerung ihrer Netto-Profite von 3 Cents pro Dollar in 1917 auf 19 Cents in 1919. Im Jahre 1921 waren sie nominell nur 5½ Cents, doch bedeutend höher als vor dem Kriege. **Seitdem aber ist das Kapital acht mal so hoch aufgeblüht worden, also betrug sie im Jahre 1921 44 Prozent.** Kein Wunder, daß die Amoskeag-Gesellschaft einen **Reservefonds von 40 Millionen Dollar** besitzt, außer den verteilten Dividenden von 44 Prozent.

Auch die Pacific Mills in Lawrence haben horrende Dividenden verteilt, in letzter Zeit noch 12 bis 15 Prozent. Sie besitzen einen Reservefonds von 14 Millionen Dollar, nachdem sie während der Kriegsjahre Dividenden bis zu 100 Prozent verteilt haben.

**Die Aussicht des Streiks.**

Die kämpfenden Gewerkschaften haben ohne Zweifel den ernsten Versuch gemacht, ihre Sache mit großer Fähigkeit und ernstem Willen des Sieges zu verfechten. Sie haben selbst den Schlichtungsausschuß angerufen, doch die Unternehmer bestehen auf ihrer Machtstellung und die Arbeiter sind machtlos, solange sie mit diesen erfolglosen Waffen kämpfen. Dieser Streik wird, wie alle vorhergegangenen, mit einer Niederlage sich die Arbeiter endigen. Aber der traurige Mißerfolg wird sie ein gutes Ende des revolutionären Pfades weitertragen und sie lehren das einzige Mittel zum Erfolg:

**Erringung der politischen Macht!**

**Uebernahme der Produktion!**

## Gewerkschaftliche Rundschau

### Der süddeutsche Metallarbeiterstreik abgewürgt!

„Die Arbeiterschaft muß sich daran gewöhnen, bedeutend mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen. Was heute zwei Familien verbrauchen, muß künftig für drei Familien ausreichen."

„Betriebsrätezeitung" des M.G.O.B.

Was wir bei Beginn des Streikes voraussagten, ist eingetroffen. Es ist übrigens keine Kunst, das vorauszusagen für denjenigen, der erkannt hat, daß die Gewerkschaften ein geschichtlich überholtes Kampfmittel sind.

Es ist den Gewerkschaften gelungen, den Kampfesmiffen der süddeutschen Metallarbeiter zu brechen. Trotz einmütigen Zusammenstehens müssen die an Händen und Füßen im Gewerkschaftsjoch gefesselten Proletarier den Kampf aufgeben. Sie müssen den Kampf aufgeben, trotzdem sie zu 90 Prozent und mehr gewillt sind, zu kämpfen. Trotzdem große Massen anderer Proletarier bereit waren, solidarisch mit ihnen zusammen zu kämpfen. Trotz großer Opfer, trotz großer Unterstützung der anderen Proletarier, die alle so in den zu rein kapitalistischen Institutionen gewordenen Gewerkschaften gefesselt sind, wie die Streikenden selbst.

Die Niederlage ist eine vollständige. Daran ändern auch alle Verdrehungs- und Vertuschungsmanöver der Gewerkschaftsbureaukratie nichts. Daran ändern auch die Verdrehungskünste der sozialdemokratischen Presse rein gar nichts. Die Niederlage ist eine doppelte. Sie haben Lohneinbuße und Verlängerung der Arbeitszeit. Sie haben, was der M.G.O.B. in seiner „Betriebsrätezeitung" fast in jeder Nummer propagiert: Mehr arbeiten, weniger verbrauchen. Die im Streikfall zugrunde gehende Wirtschaft, die rapid sich verschlechternde Valuta sorgt ganz automatisch dafür, daß sehr bald nur noch zwei Familien das verbrauchen können, was bisher drei Familien zu verbrauchen hatten.

Eindeutig offen und brutal diktiert das mit der Gewerkschaftsbureaukratie verbündete Kapital:

„In allen unter den Vertrag fallenden Betrieben bleibt die bisherige regelmäßige reine wöchentliche Arbeitszeit bestehen. **Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist, nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrats, die Arbeitszeit so weit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird,** wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie es für Ueberstunden tariflich vereinbart ist. Die dadurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit kann auf Verlangen **der Betriebsleitung** in der Arbeitsordnung in die reine wöchentliche Arbeitszeit aufgenommen werden."

**Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden.**

Die Tendenzbureaus melden noch, daß die Bonzen mit den Unternehmern volle acht Tage „verhandelt" haben.

Hier tritt ziemlich durchsichtig in Erscheinung, daß die Gewerkschaften von vornherein den Verrat geplant haben. Schon vor Beginn des Streiks, bei den Verhandlungen in Heidelberg, gestanden die Gewerkschaftsvertreter eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde zu. Das einmütige Zusammenstehen der Metallarbeiter schreckte die Vertreter der Gewerkschaften zurück, diesen Verrat laut werden zu lassen. Heute sind die Arbeiter mattgesetzt, heute ist es gefahrloser. Als dann bei Maffei in München der Streik gegen den Willen der Gewerkschaften einsetzte, kamen diese mit einem raffiniert ausgeklügelten Beitrigtrick. Sie anerkannten den Streik, sagten ihm Unterstützung zu und wiegten die Arbeiter in Ruhe durch Versprechen und Abstimmungsmanöver. Beamte des Metallarbeiterverbandes — u. a. Freisinger (SPD.) und Gahr (KPD.) — gingen vom Betrieb zu Betrieb und versuchten, die Arbeiter zum Weiterarbeiten zu überreden. In Ingolstadt gelang es der KPD. in den Reichswerken — Metallbetrieb — die Arbeiter im Betrieb zu halten und Ueberstunden machen zu lassen, aus — Sympathie für Sowjetrußland! Die großen Anstrengungen der Gewerkschaften, ausgebrochene Sympathiestreiks wieder beizulegen und andere zu unterdrücken auf dieses Konto gebucht, beweist klipp und klar, daß die Gewerkschaften sich über den Verrat von vornherein mit dem Kapital einig waren.

Zu der moralischen Niederlage aber haben die Metallarbeiter auch noch eine Einbuße am Reallohn. Der vertraglich vereinbarte Stundenlohn soll für die über 25 Jahre alten Arbeiter betragen:

Facharbeiter: Ortsklasse I: 21 M., Ortsklasse II: 20,65 M., für Angelernte 20 und 19,60 M., für Ungelernte 19,80 und 19,40 M., für angelernte Arbeiterinnen 13 und 12,60 M.

Zuschläge: Für Arbeiter A 1 M., für B 2 M., für C 3 M., für Arbeiterinnen A 1 M., B 1,20 M., C 2 M.

Qualitätszulage wird bis zu 3 M. erhöht, die sozialen Zulagen bleiben in der alten Höhe bestehen.

Die Akkordbasis beträgt in der Ortsklasse I für Facharbeiter 23 M., Ortsklasse II 22,60 M., für Angelernte 22 und 21,00 M., für Arbeiterinnen 14,50 und 14,20 M.

Die „Zulagen" betragen, soweit aus den Meldungen bis jetzt ersichtlich ist, bis höchstens 5 Prozent. Der Streik dauert aber teilweise schon bis 12 Wochen. In dieser Zeit ist die Lebenshaltung um mehr als 50 Prozent gestiegen. Die Proletarier sind jetzt müde und elend gestreikt und müssen um jeden Preis schuften.

Und das war der Zweck, weshalb Gewerkschaften und Unternehmer diesen Streik angezettelt haben. Selbstverständlich werden auch bei dieser Gelegenheit die Betriebe gereinigt. Das war der weitere Zweck.

Aber nicht nur die süddeutschen Metallarbeiter haben eine Niederlage erlitten. Das war eine Niederlage des Gesamtproletariats. Das war ein Sieg der Gewerkschaften über die Arbeiterklasse!

**Neue Metallarbeiter-Aussperrung.**

Die Metallarbeiter in anderen Gebieten, die deutlich voraussahen, daß auch sie an die Reihe kommen, sobald die süddeutschen Kollegen niedergeschlagen sind, versuchten oft den Sympathiestreik. Zu diesen gehörten in erster Linie die Metallarbeiter des Frankfurter Gebietes. Die Gewerkschaften verstanden es aber, den süddeutschen Streik zu isolieren und Sympathiestreiks hin, den Generalstreik zu verhindern. Sie warteten, bis die süddeutschen Metallarbeiter sich totgestreikt, um leichteres Spiel mit den anderen zu haben. Sofort nach Unterzeichnung des „Vertrages" in München, kommt aus Frankfurt am Main durch die staatliche Depeschenagentur WTB. folgende Meldung:

Frankfurt a. M., 22. Mai.

Bei den heutigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem **Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau, Hessen und die angrenzenden Gebiete** wurden die Vorschläge **der Arbeitgeber von den Gewerkschaften abgelehnt.** Das bedeutet die Aussperrung von über 40 000 Metallarbeitern im Bezirk Frankfurt am Main, wozu auch Offenbach, Hanau, Darmstadt usw. gehören. Die Aussperrung tritt heute abend bzw. morgen früh in Kraft.

Weshalb lehnten die Gewerkschaften die Vorschläge der Unternehmer gerade jetzt ab? Jetzt, da die süddeutschen Metallarbeiter niedergeschlagen sind? Weshalb weigerten sie sich bis jetzt, die Metallarbeiter in den Kampf treten zu lassen?

Auch diese Proletarier werden niedergeschlagen. Auch sie werden einige Prozent „Zulage" bekommen, wenn die Lebenshaltung sich um das Mehrfache verteuert hat. Dann werden die Berliner Metallarbeiter an die Reihe kommen. Und wenn diese Proletarier auch alle zusammen streiken; und wenn man wieder für sie Millionen betteln wird, sie werden unterliegen. Sie werden unterliegen, so lange sie nicht erkannt haben, um was es geht. Sie werden unterliegen, solange es Gewerkschaften gibt, so lange die Proletarier durch die Gewerkschaften gefesselt sind.

Es gibt keinen **Kampf** der Metallarbeiter allein, sondern die ganze Arbeiterklasse ist von dem Unternehmertum bedroht. Es gibt auch keinen nationalen, sondern einen internationalen Klassenkampf. Die Arbeiterklasse kann innerhalb des Kapitals ihren Untergang nicht aufhalten, sondern, wenn sie als Klasse dem Untergang entrinnen will, dann muß sie ihre ganze Kraft konzentrieren auf den Sturz des Kapitals. Die Metallarbeiter führen einen Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, für den „Achtstundentag", und vergessen dabei, daß durch die fleißende Krise, die ihren Ausdruck findet in einer nie gekannten Preissteigerung, ganz natürlich für das Proletariat der Zwang entsteht, um überhaupt nur vegitieren zu können, länger zu arbeiten.

Für die Metallarbeiter gibt es deswegen nur einen Ausweg: Mit allen Mitteln den Kampf aufzunehmen, um die Produktionsmittel selbst, um die Macht als Klasse. Dieses Kampf kann nicht eine einzige Schichte führen. Die erste Tat der Metallarbeiter muß sein, das Gesamtproletariat aufzurufen. In den Betrieben Aktionsausschüsse zu wählen zum Kampfe um die Macht der proletarischen Klasse. In diesem Kampfe werden sich die Geister scheiden. Die Gewerkschaften werden geschlossen jenseits der Barrikaden stehen. Die Allgemeine Arbeiter-Union wird immer und immer wieder diese Erkenntnis den Proletariern einhämmern haben und wird keinen Augenblick unterlassen, anzusprechen: Nur so kann sich die Arbeiterklasse von dem Untergang retten, im anderen Falle ist die Niederlage unausbleiblich und diese Niederlage, sie wird ein Sieg der Gewerkschaften, „des Dammes gegen die bolschewistische Flut", über die Metallarbeiter sein.

## Wie verschafft man sich eine gesicherte Existenz?

In der „Roten Fahne" biedert sich ein Proletarier aus dem Betriebe mit vollem Namen der Bureaukratie so an:

**Immer mehr gewöhnen sich Revolutionäre das Klatschen ab, denn es ist störend. Man ehrt einen würdigen Führer und vorangehenden Kämpfer besser durch Aufstehen vor den Plätzen.**

Es gibt noch ein besseres Mittel: Man legt sich an der Tür auf den Bauch und leckt dem „würdigen Führer" beim Verlassen des Saales die Stiefel ab. Ein Hausknechtsposten im Parteibureau ist immer noch besser als im Betriebe schuften.

## Aus der Union

### Aus dem Finow-Tal

**Die am Sonntag, den 21. Mai, in Eberswalde tagende Mitgliederversammlung Brandenburg-Nord befaßte sich hauptsächlich mit den bestehenden Differenzen in der AAU. Nach einem Referat eines Mitgliedes des Reichsvorstandsausschusses über die Taktik der AAU., vertraten die an der Diskussion sich beteiligenden Genossen die Ansicht, daß die von den Wirtschaftsbezirken Groß-Berlin vorgelegten Richtlinien sich völlig im Rahmen des Programms der AAU. bewegten, und die Haltung der ausgestoßenen Abgeordneter Schröder, Goldstein, Dettmann und Konsorten, die auf eine Spaltung der AAU. hinsteuern, aufs schärfste verurteilen. Ein Diskussionsredner führte aus: Wenn auch die Berliner Genossen sich moralisch in ihrem Rechte befinden, könnte man ihnen den Vorwurf nicht ersparen, zu sentimental gegen diese korrumpierten Gesellen gehandelt zu haben. Gegen Leute, die eine in Drang und Sturmperiode der Revolution unter den schmierigsten Begleiterscheinungen gelchaffene Organisation zu zerstören versuchen, um ihre Korruption zu verbergen, müssen alle zu Gebote stehenden Mittel angewandt werden, um dieselben zu entlarven. Diese Gesellen, die vor den Märzkämpfen in Mitteldeutschland immer klagten, sich in bedrängter Lage zu befinden, scheinen jetzt über allerhand Moos zu verfügen. Nicht allein die teuren Eisenbahnfahrten im Reiche, um die Mitglieder gegeneinander auszuspielen, sondern auch die von ihnen in den Bezirken verbreitete Schundliteratur, in der Gestalt von Flugblättern, die die gemeinsten Verleumdungen enthalten, kosten allerhand. So sei auch Eberswalde mit diesen Schmutzblättern reichlich versorgt. Ganz besonders das Auffordern zur Sperrung der Gefangenenunterstützungsgelder wurden auf das schärfste verurteilt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:**

**Die am 21. Mai tagende Mitgliederversammlung des Bezirks Eberswalde stellt sich nach wie vor auf dem Boden des Programms der AAU. Sie verurteilt jegliche Tendenz des Reformismus und Opportunismus. Sie erkennt in dem Treiben der Akademiker-Intellektuellen Schröder und Konsorten eine große Schädigung der Klassenkämpfe und Klassensolidarität. Der Bezirk Eberswalde erwartet von der nächsten Reichskonferenz, daß mit derartigen Elementen energisch aufgeräumt wird.**

**Es wurde der Beschluß gefaßt, einen Delegierten zu der nächsten Reichskonferenz zu entsenden.**

## Mitteilungen

**An die Ortsgruppe der KAPD. in Mitteldeutschland.**

**Am Sonntag, 4. Juni, findet in Halle, Stadipark, eine**

**Bezirkskonferenz der KAPD.**

**statt. Alle Ortsgruppen des Bezirkes sind eingeladen.**

**Für die Zeitung gingen ein:** Bebheim 11,00 M., Friedrichsort bei Kiel 190 M., Sandersdorf 114 M., Eberswalde 1710 M. Pflichtbeiträge: Von Eberswalde 200 M., Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen 2000 M.

**Reichsarbeitsausschuß.**

**AEG., Schlegelstraße.** BO.-Genossen treffen sich am Dienstag, den 30. Mai, nachmittags um ½4 Uhr bei Dams, Schlegelstraße.

Genosse Franz Bartkowiak, Asphaltfabrik Audow, ist, nachdem er vom Betriebsrat zurückgetreten, wieder als Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union aufgenommen.

Dem Genossen Franz Wegener, Adlershof, Meyer Str. 16, ist die Brieftasche mit Mitgliedsbuch der B.O. gestohlen worden. Bei Auftauchen desselben ist es dem Betreffenden abzunehmen und die Personalien und Wohnung festzustellen.

**18. Unterbezirk.**

**Dem Genossen Franz Fuhrmann,** Neukölln, Mariendorfer Weg 27, ist Buch Nr. 007398 nebst Parteifarte verloren gegangen.

**Buch Nr. 031707 Union Sigorski** ist verloren gegangen. Vorkommendenfalls anhalten. Abgeben 22, C.

Das Mitglied Hans Mugelenk ist wegen organisationsschädigenden Verhaltens aus der Union ausgeschlossen worden.

**Ortsgruppe Chemnitz.**

**Hergersmühle.**

Jeden Freitag Mitgliederversammlung der AAU. im Restaurant „Zum Flutenpirt", am Kanal.

**Wittenberge.**

Felix Siemon (263) wurde wegen organisationsschädigenden Verhaltens aus der Union ausgeschlossen und ist nicht wieder aufnahmefähig.

**Ludwigshafen a. Rh.** Jeden Mittwoch 5 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Oettinger, Hartmannstraße 41. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Wer noch keinen Anschluß an einen Bezirksverband hat, kann seine Marken und Zeitungen im Lokal Stolzenfels, bei Ofer, Friedrichsheimer Straße 25, in Empfang nehmen. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 26. April 1922 wird jeder Genosse, der sechs Wochen mit seinem Beitrag rückständig ist, und wer nicht mindestens im Monat eine Mitgliederversammlung besucht, ausgeschlossen.

## Zahlstellen Groß-Berlin

Jeden Donnerstag 6—8 Uhr abends werden Beiträge und Aufnahmen entgegengenommen:

1. **Bezirk Zentrum,** Neue Friedrichstraße 1, Restaurant „Schlesische Heimat".
2. **Bezirk SW.** Lichtenberstraße 43. Lokal Waßhauser.
3. **Bezirk Moabit,** Sickingen- Ecke Perlichingenstr., Lokal Grimm.
4. **Bezirk N,** Gerichtstraße 74, Lokal Eigt.
5. **Bezirk Pankow,** Berlin, Schönholzerstraße 10, Lokal „Zum Arnimsplatz".
6. **Bezirk Weißensee,** Lehder Ecke Greifswalder Straße, Lokal H. Dröger.
7. **Bezirk O,** Boxhagener Straße 17, Lokal Cohlenz.
8. **Bezirk SO,** Lausitzer Straße 25, Lokal Laaser.
9. **Bezirk Neukölln,** Kopatzstraße 50, Lokal Maßenhauer.
10. **Bezirk Tempelhof,** Friedrich-Karl-Str., Ecke Konradinstraße (Lokal Mende).
11. **Bezirk Steglitz,** Flora- Ecke Dünterstraße, Lokal Stenzke.
12. **Zehlendorf,** Teltower Straße 23, Lokal Hoffmann.
13. **Bezirk Schöneberg,** Apostel-Paulus-Straße 33, Lokal Baum.
14. **Bezirk Charlottenburg,** Helmholtzstr. 35, „Zur Freiheit".
15. **Bezirk Spandau-Osthavelland,** Zahlstelle: Lokal von Marzetz, Spandau, Neumeister- Ecke Elisabethstraße.
16. **Bezirk Reinickendorf,** Antonienstraße 61, Lokal Schultze.
17. **Bezirk Lichtenberg,** Weser- Ecke Kronprinzenstr., Lokal Feicht.
18. **Bezirk Oberschönweide,** Wilhelminenstraße 32, Restaurant „Zum Elsässer", jeden Donnerstag 4 Uhr nachmittags.
19. **Bezirk Adlershof,** Friedenstraße, Lokal Kaiser.
20. **Bezirk Hohen-Neuendorf,** Hauptstraße 67 bei W. Ammon.
21. **Bezirk Eberswalde,** Besselstrauerei Westend (Kleinbahnhof). **Bezirk Konnamer,** Wallstraße 55, Lokal Otto Hiemke, jeden zweiten Freitag 7½ Uhr abends.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Liers Neukölln. — Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roster, Berlin, Alexandrinenstraße 110.


# Der Kampfruf

## Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 21. 1922 „Der Kampfruf" erscheint wöchentlich. Preis 1,50 M.


# Zur Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union

I.

### Die Bedeutung der Reichskonferenz

Die am 4. Juni beginnende Reichskonferenz der AAU. Deutschlands wird für die Arbeiterklasse und für die proletarische Revolution von ungeheurer Bedeutung sein. Nur die klare Erkenntnis über die riesige Verantwortung, die auf dieser Reichskonferenz lastet, wird die Kraft erzeugen, die Aufgaben, die der Union harren, und die sie bei Strafe ihres Unterganges lösen muß, zu lösen. Die Reichskonferenz tritt zu sammen in einer Epoche der grenzenlosesten Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse, und das Tempo, in dem die Verwirrung sich steigert, weiteifert nur mit der Verelendung des Proletariates selbst. Und doch sind die Gründe dieses scheinbaren oder tatsächlichen Widerspruches leicht bloßzulegen. Sie resultieren aus verschiedenartigen Faktoren, teilweise aus Faktoren, die im Verlauf der proletarischen Revolution von vorwärtstreibenden zu hemmenden Faktoren geworden sind, und die weil die Arbeiterklasse in ihnen noch eine revolutionäre Etütze sieht — deswegen umso gefährlicher sind.

Die Arbeiterklasse erkauft die zur Durchführung der proletarischen Revolution notwendigen Erkenntnisse mit geradezu unerhörten Opfern. In der ganzen Welt sowohl als auch speziell in Deutschland schreitet das Proletariat von Niederlage zu Niederlage. Während sich auf der einen Seite die Krise des Kapitals stets verschärft und die Wirkungen für die Arbeiterklasse geradezu katastrophale folgen annehmen, gelingt es dem Kapital immer wieder, gemeinsam mit den von Sinnes gepriesenen „straffen" Organisationen — Gewerkschaften genannt — das Proletariat zu spalten, und in wochentlangen Streiks auszuringern, um so den letzten Rest von Kraft auszurotten, und der Gesamtarbeiterschaft vollends das Rückgrat zu brechen.

Nur von dieser Perspektive aus ist die Rolle Rußlands in seiner ganzen Furchtbarkeit richtig zu ermessen. Rußland, einst die Hoffnung des revolutionären Proletariats, setzt jetzt alles daran, um die Arbeiterklasse als Objekt des „neuen Kurses" zu gebrauchen. War in Zeiten, wo die Interessen Rußlands auch die Interessen der proletarischen Revolution waren, die Parole der Dritten Internationale „Alle Macht den Räten", so lautet sie heute ganz naturnotwendig: „Einein in die Gewerkschaften", in der sicheren Erkenntnis, daß nur dadurch die Burgfriedenspolitik Rußlands gewährleistet ist. Lautete die Parole Rußlands früher: „Kampf gegen die gelbe Streikbrecherinternationale", so lautet sie heute: „Einheitsfront mit den Mördern der Revolution". Lautete die Parole der Internatnonale früher: „Revolution", so lautet sie heute: „Kapitalistischer Wiederaufbau".

Für die mit bürgerlicher Ideologie durchtränkte Arbeiterklasse, die sich nur schwer, nur durch unerhörte Niederlagen zum Selbstbewußtsein durchringt, kann dies katastrophale Folgen haben, und sie treten bereits offensichtlich in Erscheinung. Die verbündete Konterrevolution, sie verschiedenartige spezielle Interessen haben, weiß nur zu gut, daß alle Kräfte konzentriert werden müssen auf jenes revolutionäre organisierte Zentrum, auf dem sich die Arbeiterklasse zu formieren beginnt. Die organisierte verbündete Konterrevolution weiß nur zu gut, daß aller Zorn, alle Mutbusbrüche der Arbeiterklasse, solange sie selbe an die Gewerkschaften gefesselt ist, keine Gefahr ihr Todfeinde bedeuten. Die einzige Gefahr sind vorderhand noch diejenigen Organisationen, die auf ihre Fahne noch immer unerbittlich die Sätze schreiben: **„Uebernahme der Produktion durch die Diktatur des Proletariats!** Die Reichskonferenz der AAU. wird Musterung halten und wird erneut die Union zusammenschweißen. Der kapitalistische Auflösungsprozeß, der durch die kleinen Poren dringt wie giftige Gase, versucht auch an der Union zu rütteln. Jener unerhörte Kampf, den die Union und die KAPD. führen, hat auch uns Opfer gekostet. Doch dies ist nicht das Schlimmste. Eine Gefahr ist nur infolgedessen vorhanden, daß jene revolutionären Utopien, die längst überwunden sind, und deren Apostel jetzt die Taktik des individuellen Kampfes als neueste Weisheit predigen, sich einzeln Zeitlang auch in der Union Geltung zu verschaffen suchten. Die Reichskonferenz wird klar und unzweideutig das Programm der Union und ihren Klassenkampfcharakter herausstellen. Nur dann wird sie dem tausendmal betrogenen und irregeführten Proletariat auch in dem politischen Stadium der proletarischen Revolution Fanal und Wegweiser in seinem Befreiungskampfe sein.

II.

### Die Aufgaben der Reichskonferenz

Neben der ersten und hauptsächlichsten Aufgabe: der theoretischen Klärung, wird die Reichskonferenz auch die dazu notwendigen organisatorischen Konsequenzen zu ziehen haben. Die letzten Vorgänge in der Union beweisen, wo es hinführt, wenn eine Körperschaft auf Machtbefugnisse pochen kann, die von der Mitgliedschaft nur als übertragenes Vertrauen angesehen wurden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn ein Reichsarbeitsausschuß von einigen Leuten einen „neuen Kurs" angeben läßt, und unter Protest der Gesamtmitgliedschaft des Vorortes auf seinem Posten verharrt, und dann seine unhaltbare Stellung mit unhaltbaren Mitteln verteidigt, wie ein königliches Ministerium. Der Parteitag der KAPD. hat aus dieser Sachlage bereits die Konsequenzen gezogen; er hat nicht Personen, sondern den Vorort selbst bestimmt und so die Verantwortung für die Arbeit des Hauptausschusses auf breitere Basis gelegt. Diese Maßnahme war durchaus diktiert von den Erfahrungen selbst. Es ist einigen Genossen Bedenken aufkommen über eine etwaige Bevormundung des Vorortes, so zeigt Figura, daß umgekehrt die Gefahr der Bevormundung durch einzelne Personen noch viel größer ist. Die Mitgliedschaft des Vorortes wird über den Gebrauch des Mitbestimmungsrechtes stets Rechenschaft abzulegen haben vor der Gesamtorganisation. Um der Gefahr einer beengenden Kontrolle vorzubeugen, kann neben dem Recht der Abberufung die Unabsetzbarkeit des AAU. absolut gewahrt bleiben. Gegenüber dem früheren Zustand bedeutet dies zweifellos einen Fortschritt.

Eine andere sehr heiß umstrittene Frage, die in allen Debatten durchklingt, ist die Frage der Einhaltung der von der Mitgliedschaft gefaßten Beschlüsse, ganz gleich, ob sie von einer Reichskonferenz oder von einem Wirtschaftsbezirk gefaßt sind, und welche Details sich ebenfalls beziehen, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß sie sich in Hör- und Sichtweite des Programms bewegen. In dem unerhört schwierigen Kampf, den die Mitgliedschaft gefaßte Beschlüsse, soweit dieselben diskutiert sind, nach der beschlossenen Richtung, sowohl als auch in den Einzelheiten korrekt durchgeführt werden, von jedem einzelnen Mitglied. Die Union unterscheidet sich nicht dadurch von den Gewerkschaften, daß jeder machen kann, was er will. Die Union ist der Zusammenschluß von Proletariern, die mit gemeinsamen Mitteln ein gemeinsames Ziel gemeinsam erreichen wollen. Wo dies aufhört, da hört auch die Organisation auf, eine Organisation zu sein. Die Union kann sich den Luxus nicht leisten, über die primitivsten Voraussetzungen einer revolutionären Organisation lange zu diskutieren. Diese „Kinderkrankheiten" müssen endgültig und für immer abgestreift werden.

Nur wenn diese organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, und auf alle sich aus dem revolutionären Kampf ergebenden Konsequenzen angewandt werden, wird die innere Front so gefestigt sein, daß die Aufgaben gegenüber der Arbeiterklasse und der Revolution mit Erfolg in Angriff genommen werden können.

III.

### Die Taktik der Union

An das Problem der Taktik gehen manche Genossen — sie behaupten dabei hartnäckig, daß sie zur „revolutionären Richtung" gehören — mit einer geradezu kindlichen Naivität heran, indem sie die Frage stellen: Lohnstreiks führen — oder nicht. Es ist dies in der Tat eine höchst primitive und auch eine höchst oberflächliche Fragestellung. Man muß dabei voraussetzen, daß sie nicht mit Absicht so gestellt ist. Wie dem auch sei, wir werden sofort sehen, daß damit absolut nichts anzufangen ist.

Wir sehen auf der einen Seite, daß die Weltproduktion um etwa 50 Prozent eingeschränkt ist. Wir wissen, daß eine Heilung der Krise nicht möglich ist, sondern, daß sie sich dauernd verschärft. Wir sehen jedoch auf der anderen Seite, daß die Arbeiterklasse sich noch in vorkriegszeitlichen Vorstellungen bewegt. Die Arbeiterklasse wird jedoch, ob sie will oder nicht, immer wieder durch die Krise des Kapitals in Kämpfe hineingerissen. Infolge der Vorstellungswelt im Proletariat kämpft die Arbeiterklasse also nicht um die politische Macht. Infolge der im Proletariat festsitzenden Ideologie kämpft die Arbeiterklasse um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen". Kein Mensch kann jedoch wissen, welchen Charakter diese Kämpfe annehmen werden. Sofern man auf dem Standpunkt steht, daß diese Kämpfe die Union nichts angehen, ist dies auch nicht von Belang und wird auch nie eine Frage werden, schon deswegen nicht, weil im letzten entscheidenden Stadium die Macht bereits erobert ist. Und ein Proletariat, das bis dahin ohne die Union ausgekommen ist, wird sich, wenn es fähig und willens ist, die politische Macht zu erkämpfen, auch erst recht in der Lage sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wäre dem nicht so, so wäre die Union nicht ein Instrument aus der Revolution geboren, sondern ein Zauberstab, der nur in der Hand der Hexenkünstler funktioniert.

Die Union nimmt also in dem Sinne an den Kämpfen der Arbeiterklasse teil, weil sie weiß, **daß nur im Prozeß der Revolution die Ideologie im Proletariat reift, die nötig ist, um die Revolution durchzuführen.** Die Union erkennt die Zusammenhänge und Widersprüche und stellt sie in Rechnung, und deswegen, weil es nur darauf ankommt, die ideologischen Voraussetzungen zu schaffen, deswegen befinden wir uns uns seit Beginn der Revolution schon im letzten entscheidenden Stadium.

Von dieser Warte aus — der einzig richtigen — wird sich dann schon zeigen, was ein Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, oder ein Kampf „ums Ganze". Während des Kampfes wird die Union alles tun, um der Geburtshelfer revolutionärer Ideologie zu sein, und auszusprechen, daß es nur einen Ausweg gibt: die Revolution. Die Union und die Genossen der Union werden aber keinen Augenblick zögern, wenn sie davon überzeugt sind, daß die Niederlage unvermeidlich ist, auszusprechen, daß es notwendig ist, den Kampf abzubrechen.

Von derselben Warte aus ist die Aufgabe der Union in einer Situation zu beurteilen, wie wir sie heute erleben. Die Arbeiterklasse weicht dem Kampf aus, oder läßt sich von den Gewerkschaften zum Kampf um die Niederlage führen. Die Unionisten sind ein Teil der Arbeiterklasse und müssen sich wohl oder übel von der Gesamtarbeiterklasse gefallen lassen, daß sie selbst den Zeitpunkt — wenn auch nicht aus freien Stücken — bestimmt. An dieser Tatsache ändern auch die Phrasen nichts. Wohl manche Genossen glauben durch überschwenge Revolutionsromantik diesen Zustand ändern zu können und in dem Sinne, daß sie vorzweifelt aus der Gesamtfront herauslaufen und als Einzelindividuum die Parole ausgeben: „Jeder sorgt für sich". Man kann da ebensogut sagen: „Rette sich wer kann." Gewiß, ein neuerlicher und großerlicher Mensch braucht kein schlechter Kerl zu sein. Aber wenn er als Unionist diesen Zustand mit dem proletarischen Klassenkampf verwechselt, und ihn dem Proletariat als Unionist empfiehlt, so muß energisch Front dagegen gemacht werden. Wir wollen doch nicht anarchistisch sein, wie die Anarchisten, die von den Anarchisten — hinausgeworfen werden.

Wenn diese Gesichtspunkte bei allen Situationen das bestimmte Motiv unserer Handlungen sind, dann können wir uns die Gegenfrage zu der Frage: „Ob die Union einen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" führt, ersparen. Sie wäre nämlich die: Soll die Union eine Organisation des organisierten Streikbruchs werden? Es wäre dies nämlich die logische Folge. Wenn man dauernd brüllt, „daß es kein Mittelding" gibt, und alle Kämpfe, die nicht um die politische Macht gehen, konterrevolutionär sind, so soll man nicht kommen und sagen, daß eine Neutralität der Konterrevolution gegenüber kein „Mittelding" ist. Man soll uns mit solch albernem Geschwätz verschonen.

Wir getragen von der Verantwortung der Revolution gegenüber, wird die Union in der Lage sein, ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Sie wird, weil Solidarität das höchste Gebot sein muß, die organisatorische Seite ansehen als eine Zweckmäßigkeitsfrage. Genau wie eine kämpfende Truppe ihren Verwundeten, ihren Gefangenen so gut es geht hilft, so muß eine Klassenkampforganisation, ausgehend von den Bedingungen der Revolution, ihre organisatorischen Schlüsse ziehen, und jedes Mitglied hat die Pflicht, sofern es Beschlüsse der Mitgliedschaft selbst sind, dieselben durchzuführen.

Die Delegierten der Reichskonferenz laden eine schwere Verantwortung auf sich. Die Union und die KAPD. sind die einzige Hoffnung des revolutionären Proletariats.

**Deshalb Genossen: Macht ganze Arbeit auf der Reichskonferenz.**

# Der Parteitag der KPD.

## Die Todeskrise des Kapitals.

Im ersten Referat über die „politische Lage", das erschöpfendes Material lieferte und die Krise des Kapitals in ihrer ganzen Furchtbarkeit für die Arbeiterklasse aufzeigte, wurde der unwiderlegbare Beweis geführt, daß die Krise des Kapitals die Todeskrise ist. Auf dieser Voraussetzung ist das Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei sowohl wie das der Allgemeine Arbeiter-Union begründet. Wir müssen es uns daher zur Aufgabe machen, immer wieder zu untersuchen, ob hier kein Irrtum vorliegt und die geschichtliche Entwicklung unsere Auffassung widerlegt. Diese Frage drängt sich den Massen um so mehr auf, als sich an Stelle des als sicher bevorstehend angekündigten Zusammenbruchs eine scheinbare Gesundung der Bourgeoisie, insbesondere in Mitteleuropa, herausgestellt hat. Diese Entwicklung hat große Teile des früher revolutionär eingestellten Proletariats zu reformistischen Anschauungen gebracht. Die Einigungskonferenz der 2. Internationale ist ein Zeichen dieser Tendenz. Die Uebereinstimmung der 2½. und der 2. Internationale, die Einheitsfrontrufe der KPD. zeigen die gleiche Linie auf. Alle diese Parteien und Internationalen stellen ihre Taktik auf den Kampf innerhalb des Kapitalismus ein. Ihre Taktik ist der Kompromiß, die Form ist nur verschieden. Die SPD. gibt dem Kapitalismus, was des Kapitalismus ist, die KPD. treibt die Politik der unmöglichen Parolen mit prinzipiellem Rückzug.

Die „Gesundung" des Kapitalismus entpuppt sich bei näherer Untersuchung nur als eine p o l i t i s c h e Machtbefestigung. Wirtschaftlich hat sich die Krise im Gegenteil noch bedeutend verschärft. Die Entwicklung hat unsere Auffassung vollständig bestätigt. Diesen Nachweis hat der Referent mit einem Material bewiesen, das unwiderleglich ist.

Die bisherigen Krisen, welche den Kapitalismus erschüttert haben, waren die Folgen einer Ueberproduktion. Sie wurden durch eine Umstellung der Produktion überwunden. Eine höhere Stufe der Technik und eine veränderte Organisationsform bei gleichzeitiger Erschließung neuer Absatzmärkte ermöglichte es, den Reallohn ungefähr auf der gleichen Höhe zu halten und damit die Kaufkraft der Massen — die Aufnahmefähigkeit — noch zu steigern. Anders verhält es sich mit der jetzigen Krise. Diese ist nicht durch Ueberproduktion hervorgerufen. Sie ist eine Folge der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Veränderungen der Produktion. Vor dem Kriege baute sich der Kapitalismus auf der westeuropäischen Industrie auf. Europa, insbesondere Westeuropa, war das beherrschende Mutterland, die industrielle Werkstatt der Welt. Es beschränkte sich aber keineswegs darauf, sondern exportierte in die wirtschaftlich schwächeren Länder auch Kapital. Es lebte in starkem Maße von der Ausbeutung dieser Länder und der Kolonien. Man berechnete das im Ausland angelegte Kapital von England, Frankreich, Deutschland, Holland, Belgien, Schweiz auf ca. 150 bis 200 Milliarden Goldmark. Dieses Kapital warf einen riesigen Profit kym. Zinsen ab. Die Schutzzollpolitik genützte, um Westeuropa die Weltherrschaft zu sichern. Der Aufbau der nationalen Kapitalismen außerhalb Westeuropas war vollkommen von diesen Ländern abhängig. Die Emanzipation ging infolgedessen trotz der starken Rivalitäten unter den Herrscherländern nur langsam vorwärts.

Als die Auslandsmärkte nicht mehr kaufkräftig genug waren, als Polen der industriemonopolistischen Staaten aufzunehmen, erfolgte bei der Jagd nach Absatzgebieten der gewaltige Zusammenprall der kapitalistischen Staaten. Der Weltkrieg spannte alle Produktionsmittel, Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten und Produktivkräfte in den Dienst des Massenmordes. Eine Erneuerung der Produktionsmittel hat seit acht Jahren nicht stattgefunden. Es wurde nichts geschaffen, um die Zukunft zu sichern. Das vorhandene wurde verwendet, um Zerstörungsmittel zu schaffen, mit denen unerwähnlich, für die Aufrechterhaltung der Produktion unumgänglich notwendige Werte zerstört wurden. Die Produktionsmittel sind heute so zerschlissen, daß sie nicht mehr genügen, um für alle Menschen genügend Güter zu erzeugen. Sie sind zu schwach, um für die der Industrie noch nicht ganz erschlossenen Länder zu arbeiten, dort Industrien zu errichten und obendrein noch die eigenen Völker zu ernähren.

Die von verdienenden Volksmassen propagierte und auch in Genua in Ermöglichung gezogene Stabilisierung der Wechselkurse muß ein frommer Wunsch bleiben. Die wirtschaftliche Struktur der verschiedenen Industrie- und Rohstoffländer und deren Lebensinteressen — die sich oft gegenseitig interessiert gegenüber stehen — sind zu verschieden, um in eine prosimwirtschaftliche Gleichung gebracht zu werden. Um so mehr, da ihnen auch der letzte Halt, die Goldwährung — die vollständig zerschlagen ist — fehlt noch fehlt. Amerika ist mit 11 Milliarden Dollar heute der Gläubiger der ganzen Welt. Seit 6 Jahren hat es hohe Zinsen dafür erhalten. Ohne amerikanische Hilfe ist jedoch ein Wiederaufbau Europas nicht möglich. Amerika muß jedoch aus Selbsterhaltungstrieb selbst auf Bezahlung seiner Schulden drängen. Es befürchtete eine Herabsetzung der Reparationslasten und hält selbst keinen Pennig ab; kann es nicht. Es hat selbst 119 010 Milliarden Mark Staatsschulden, gegenüber 5135 Milliarden Mark 1913. Amerikas hohe Valuta hat schon seine Ausfuhr in horrenden Maße zurückgehen lassen. Dieser Rückgang wird die Arbeitslosigkeit noch verschärfen. Sowohl die valutastarken als auch die valutaschwachen Länder können nicht auf einen Absatzmarkt für ihre Produkte rechnen. Der Abstand zwischen ihnen ist zu groß, als daß je eine gemeinschaftliche Austauschbasis geschaffen werden könnte. Die beiden für die Wirtschaft allein in Betracht kommenden Faktoren, Umstellung der wirtschaftlichen Organisation auf eine rationellere Basis und höhere Stufe der Produktion ist unmöglich. Den Staaten, deren Produktionsmittel noch stark genug sind, um für einige Zeit für den Export zu arbeiten, fehlt es an Absatzmöglichkeit. Sie können daher keinen Profit erarbeiten, um eine Reproduktion, eine Erneuerung und Modernisierung ihrer Produktionsmittel vorzunehmen.

Profitwirtschaft ist eben nur möglich, solange ihre Industrie sich auf ausländischen Absatzmärkte ausdehnen kann. Rückland schaltet hier als Markt aus, da es — das wird allseitig anerkannt — mehr als eine Generation dauern würde, um einen kaufkräftigen, profitabwerfenden Markt zu schaffen. Damit fällt jede Hoffnung, die auseinanderbersteude kapitalistische Wirtschaftsform je wieder zusammenzuklitten.

Trostlos sieht die ganze europäische Wirtschaft aus. Merkerlich hat sie sich vollständig umgestellt. Die Industrie hat sich in der Montanindustrie zusammengezogen, daß sie die Produktion der Waren vom Rohstoff bis zur fertigen Produktion in einer Hand vereinigt. Das ist die sog. Stinnesierung. Es folgen damit eine Reihe von Zwischenstufen und deren Sondergewinne fort. Dieser Prozeß geniügt allein nicht, weil die durch die gesunkene Arbeitskraft hervorgerufene Verteuerung die eingetretene Verbilligung wieder aufhebt. Die Ausschaltung einer höheren technischen Stufe ist aber nicht möglich, wie wir dargelegt haben. Die meisten Unternehmen sind nicht über die Stufe von 1907/8 hinaus. Dieses Niveau war damals schon im Vergleich zu Amerika äußerst niedrig. Nach einer Zusammenstellung des „Economist" aus dem Jahre 1921 produzierten damals den britischen und amerikanischen Produktionsstatistiken 6 019 746 englische Arbeiter einen Warenwert von 1 617 340 000 Pfund Sterling zu Engrospreisen gerechnet, im Jahre 1909, während 6 615 046 amerikanische Arbeiter einen Warenwert von 4 134 421 000 Pfund Sterling, zu Engrospreisen gerechnet, erzeugten. Mit anderen Worten: **Zwei amerikanische Arbeiter waren genau so produktiv wie fünf englische.** Diese stärkere Produktivkraft der amerikanischen Arbeiter war eine Folge der Ueberlegenheit der angewendeten maschinellen Hilfskräfte. In der Baumwollindustrie kamen in den Vereinigten Staaten 2433 Pferdekräfte auf 1000 Arbeiter, während in England auf die gleiche Arbeiterzahl nur 2014 Pferdekräfte kamen. Ebenso steht es mit der Arbeitsleistung der amerikanischen Bergarbeiter. Die Leistung pro Kopf und Arbeitstag betrug in Amerika im Jahre 1913 3610 Kg. und stieg im Jahre 1921 auf 3840 Kg. Die Förderung des deutschen Arbeiters betrug im Jahre 1913 1177 Kg. und sank im Jahre 1921 auf 548 Kg. **Es gehen also jetzt sieben deutsche auf einen amerikanischen Arbeiter,** während das Verhältnis im Jahre 1913 noch 3:1 war. Der bisherige Export Deutschlands baute sich allein auf den starken Einsatz menschlicher Arbeitskraft auf. Eine weitere Anspannung war nur möglich, wenn große Massen Proletarier als Eiser verschwänden und die übriglebenden für einen viel geringeren Lohn arbeiten würden und der einzelne Arbeiter sehr viel höhere Produktivität entwickeln würde. Das kann aber nicht gelingen, trotz aller Anstrengung der Gewerkschaften in dieser Richtung. Gerade die deutschen Proletarier haben im möglichstes getan, um das Kapital zu retten. Die Intensität der deutschen Arbeiter hat die von 1914 bereits erreicht und zeitweise überschritten. Laut Indexmessungen ging sie sogar bei einzelnen Berufsgruppen (Tischler) über 20 Prozent der Leistung von 1914 hinaus; trotzdem der Konsum an Fleischverbrauch um 60 bis 64 Prozent zurückging, an Brot um 24 Prozent. Der Rückgang der gesamten Lebenshaltung ging um 32½ Prozent zurück. Eine höhere Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben ist — nicht mehr möglich.

Trotz dieser Anstrengung ging die Weltproduktion um 50 Prozent zurück.

Das ist zurückzuführen auf den zerstörten Produktionsapparat und den unterbrochenen Kreislauf zwischen Produktion und Bedarf. Beide Faktoren kann die Profitwirtschaft nicht mehr auf die Norm bringen, geschweige denn eine Vervollkommnung erzielen. Der Kapitalismus ist schon geborsten.

Die 50 Prozent Minderproduktion sind aus dem Haushaltsetat der Arbeiterklasse gestrichen. Die Verelendung des Proletariats muß sich immer mehr steigern und die Folgen sind geradezu verheerend. Nicht nur, daß die lebende Generation moralisch und körperlich herabgedrückt wird. Auch die junge Generation, der Nachwuchs des Proletariats, wird zum großen Teile schon in seinem Lebensnerv getroffen. Die Wählscheit der Reproduktion der Arbeiterklasse selbst wird immer mehr in Frage gestellt.

Die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft ist angebrochen. Die Auflösung ist unaufhaltsam. Heute schreitet das Proletariat im Sturmschritt in die Barbarei.

**Ans Licht.**

**Die meisten Menschen bleiben dumm, weil sie feig, nicht weil sie unintelligent sind; es fehlt ihnen einfach der Mut, so lange zu denken, bis es mch tut! Doch dort kommen erst die Einblicke und Ausblicke."**

Sir Galahed.

(„Die Kelegschnitte Gottes", Verlag: Albert Langen, München.)

# Politische Rundschau

## Der „Schicksalstag"

Am 31. Mai ist wieder „Schicksalstag der sehr geehrten deutschen Nation, des „Volkes der Dichter und Denker". Das erreicht nun schon seit Wochen so geschrieben durch den deutschen Blättermald, daß dem Spießer schon wieder die Gänsehaut vergangen ist.

Vor 7 bis 8 Wochen war es für alle diejenigen, die da fest überzeugt sind, daß Minister, Eisenbahnwerksdirektoren und Gewerkschaftsbeamte die Geschicke gestalten, klar, daß in Genua die Mark dem Dollar in Kurse gleichsteht, und der ganze Dalles urplötzlich beseitigt wird. Diese Hoffnung wurde zwar in abgeschwächter Tonleiter auf den 15. Juni vertagt und noch dem Tag verlegt. Die Konferenzen haben aber so gewaltig als Nervenhäfen- und und Beruhigungsmittel eingeblüht, daß sich niemand mehr um den Tag kümmert.

Erlatz ist jetzt der 31. Mai, „der Schicksalstag". Dieser wird jetzt in solch grellen Farben geschildert, daß er eine für die Hundstagsschwüle des Mai immerhin respektable nationalistische Welle ausgelöst hat. Alles das Grauenhafte, das der deutschen „Nation" zum 31. Mai drohen sollte, ist nun zwar — schon einige Tage vor dem Schicksalstag — auf den 15. Juni verschoben. Dann aber kommts bestimmt!

Die Presse und die Telegraphenagenturen melden, daß an diesem Tage die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschieren, und zwar alleine, weil England diesmal nicht mitmacht. Nun gibt es zwar auch in Frankreich eine Gruppe Mitzenisse, die meinen, dort Chauvinisten nennt, bei denen ebenfalls die Vernunft eine Rolle spielt, wenn es sich um das Prestige handelt, d. h. wenn die „Nation auf dem Spiele steht". Und das trifft dort immer zu, wenn dieselbe die Grenzgefühle Stinnes-Poincaré das „Vaterland in Gefahr ist".

Frankreichs „Alldeutsche" schienen die Flache des deutschen Proletariers besser zu kennen. Sie scheinen in unseren Gewerkschaften sie gründliche Studien betrieben zu haben und können deshalb einrechnen, daß der deutsche Proletarier noch viel länger und billiger arbeiten wird. Deshalb behauptet Frankreich stets, Deutschland kann zahlen und zahlt nur aus Böswilligkeit nicht. England wieder hat begriffen, daß Deutschland nicht mehr zahlen kann als es hat. Es hat ein Interesse daran, daß Deutschland als Konkurrent auf dem Weltmarkte ausgeschaltet wird, aber nicht darum, daß Frankreich diese Konkurrenz mit den deutschen Proletariern fortsetzt. Aus diesem Grunde hat England kein Interesse an der Besetzung desjenigen Gebiets, wo deutsche Proletarier für Kulischne ihnen Konkurrenz machen.

Wenn der Verfasser versteicht, ohne daß eine Verständigung über den von Deutschland geforderten Zahlungsaufschub erzielt ist, dann muß erst der Reparationsausschuß zusammentreten, um einen Beschluß darüber zu fassen, was nun zu tun sei. Frankreich wird beantragen, die Erklärung zu beschlossen, daß Deutschland absichtlich seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe; denn damit der Oberste Rat „Sanktionen" beschlossen kann, muß ihm der Tatbestand gerichtet haben, daß er diesen Beschluß gefaßt habe. Und nun muß Deutschland vor aller Welt an Lloyd George und die englische Regierung eine „ernste und offene Frage" richten, ob er es „ehrlich mit uns meine oder nicht?"

Bisher hat der englische Vertreter im Wiederherstellungsausschuß, Bradburn, wenn ein „Schicksalstag" da war, stets die Forderungen der Franzosen unterschrieben, genau wie Belgien, Italien und Japan; er wie diese sind stets umgefallen, wenn die letzte Entscheidung zu treffen war. Umgefallen genau so wie die Botschafter der genannten Länder, wenn es im Obersten Rat galt, die Exekution gegen Deutschland zu verhängen. Nun liegt es auf der Hand, daß weder Bradburn im Auschuß noch Lord Hardinge im Obersten Rat diese letzten und verhängnisvollen Entscheidungen treffen dürfen, ehe sie vom britischen Kabinett dazu bevollmächtigt und beauftragt worden sind. Die Dinge liegen so, daß nicht nur Lloyd George, sondern auch sein Ministerkollege Chamberlain, der offizielle Führer der konservativen Partei, ebenso wie das geistige Haupt dieser Partei, Bonar Law, erklärt haben: erstens, daß Deutschland die vollen Forderungen des Versailler Vertrages nicht einlösen könne, daß es nur das zahlen könne, was es in Wirklichkeit aufzubringen in der Lage sei und daß man sich hierüber mit ihm verständigen müsse; und zweitens, daß Frankreich nicht das Recht habe, auf eigene Faust und ohne die Zustimmung der übrigen Unterzeichner des Versailler Vertrages neue Belastungen in Deutschland vorzunehmen, also auch nicht in das Ruhrgebiet einzumarschieren.

Frankreich ist nun ein gewetzter Helfer erstanden in dem englischen Zeitungsmagnaten Lord Northcliffe — ein Emporkömmling, der sicher mehr als 20 Prozent der gesamten politischen Presse Englands beherrscht. In Hunderten englischen Zeitungen erscheinen Leitartikel, in denen er seine wiedergegebene Rede) ungefähr folgendes sagt:

„Ich werde dem Bosch hinter seine Schliche kommen, ich werde ihm die Maske vom Gesicht reißen, ich werde den Franzosen den Rückweis in die Hand geben, daß all dies Gewinsel wegen des Versailler Vertrages Heuchelei und Schwindel ist, daß sie nicht nur die vollen Beträge des Versailler Vertrages, sondern noch viel mehr zahlen können. Ich werde nachweisen, daß Poincaré in vollem Rechte ist, wenn er im Juni in das Ruhrgebiet einmarschiert, die deutsche Industrie kontrolliert und sich die Entschädigung selbst holt, um die man ihn betrügen will. Ich werde, wie in Genua, die heuchlerische Politik Lloyd George, der dem Bosch Zugeständnisse machen, der sich mit dem Bosch und den Bolschewisten verständigen will, entlarven und zunichte machen."

Dieser Northcliffe will demnächst nach Deutschland kommen, um „Studien" zu treiben, damit er seinen Reden und Leitartikeln den Anstrich des Kenners geben kann. Diesem Zeitungsindustriellen ist der Krieg so nötig als Geschäftskonjunktur, daß er überall erstt genommen wird. Amerika, daß seine Zeitungsindustriellen ist der Krieg so nötig als Geschäftskonjunktur, daß er überall erstt genommen wird. Amerika, daß seine Truppen zurückziehen wollte, ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie besser hier bleiben. Dazu wird berichtet:

**Kobleng,** 27. Mai. (ZTZB.) Das Kongreßmitglied A. Collins, Senator des Staates Mississippi im Kongreß, erklärte gestern in Antwerpen, er bestimmte, daß die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, weil sie durch ihre Anwesenheit einen neuen Krieg unmöglich machen. Nach seiner Ansicht wird eine Truppe von 500 Mann einschließlich Offiziere genügen, um die Vereinigten Staaten in Europa wieder zu vertreten.

Daggen verbreitet die Sinnesche Telunion:

„Aus Belorgnis vor dem geplanten französischen Gewaltstreich zur Losreißung des Rheinlands vom Deutschen Reich haben führende rheinländische Persönlichkeiten seit Monaten Verhandlungen mit unverantwortlichen englischen Stellen gepflogen mit dem Endziel der Errichtung einer rheinischen Schutzrepublik unter englischem Protektorat. Diese Republik soll einen eigenen Präsidenten und eigene Verwaltung erhalten und mit dem Reiche durch Zollunion und Gemeinsamkeit der öffentlichrechtlichen Einrichtungen verbunden bleiben. Sowohl die Reichsregierung, die Führer der freien Gewerkschaften und die reaktionäre Partei haben von diesen Verhandlungen seit längerer Zeit Kenntnis. Diese Persönlichkeiten handeln aus lauterstem nationalen Beweggründen."

Diese Sache hat den Beschein der Wahrheit; denn politische Polizei (1a) und Gewerkschaften sind eine seelische Harmonie im Dienste der Reichsregierung. Es gibt auch keinen Grund, warum diese Herrschaften nicht ebensogut einige Millionen Proletarier verkaufen sollten. Von den Beitragsgeldern, die der Krieg eingebracht, würden in einem neuen eine Menge totgeschossen. Verkauft aber zahlen sie weiter.

Die Erfahrung hat die Gewerkschafter gelehrt, daß die Gründung von Republiken ein lukratives Geschäft ist. Abgesehen von den Bonifikationen und Spesen, welche der Verkäufer mit hohen und höchsten Herrschaften abwirft, stehen Ministerposten und Staatsfutterkrippen in Aussicht.

Wie immer, wenn Proletarier verraten und verkauft werden, haben dieselben Leute, die unterirdisch als Gewerkschaftler das Geschäft mit England betreiben, als Partei — für die Oeffentlichkeit bestimmt — den „schärfsten Protest" dagegen erhoben. Sicher werden nun überall Protestversammlungen einberufen, in denen man dann auch gleich die Nützlichkeit der Gewerkschaften beweisen wird.

Sofange das Proletariat Ausbeutung und Beherrschung duldet, kann es ihm gleich sein, ob es von englischen Händlern, französischen Generalen oder deutschen Gewerkschaftsbossen beherrscht wird. Diese verdiadet ein gemeinsames Interesse: die Beherrschung des Proletariats durch die Produktionsmittel.

# Die „Einheitsfront", das Mittel zur Ablenkung vom Klassenkampf

## Welchem Zweck dient die Einheitsfront?

Der Einheitsfrontrummel hat geradezu tragikomische Formen angenommen. Das Bürgertum muß sich höllisch ins Fäuschen lachen, daß seine Geschäfte in so wunderbarer Weise vom Klassengegner selbst besorgt werden. Nie in der Weltgeschichte dürfte ein Gedanke so in sein Gegenteil verkehrt worden sein wie der von der Einheitsfront.

Mehrere Dutzend Berufsvereinigungen — reine Privatgeschäfte und Spekulationsobjekte einer Clique politischer Industriritter — durch Parteifraktionen gespalten in Hunderte Grüppchen, sich aufs Schärfste mit den erbärmlichsten Mitteln bekämpfend, einander gegenseitig aus den Organisationen ausschließend, die Posten abjagend, sich bekämpfend wie orientalische Blutrache: das ist die „Einheitsfront".

Das ist das Auf und Nieder der Revolution. Das Proletariat, in den Kot der verwesenden bürgerlichen Kultur gezogen, verkennt seine ureigsten Interessen. Mit unerhörten Mitteln — vom Proletariat geschaffen — arbeitet die bürgerliche Gesellschaft das Ganze zu schüren. Die Einen der „Einheitsfront" vom Staat der Kapitalisten bestochen mit Posten, die mit Millionen bezahlt sind, bis herab zum Betriebsrat und bis zum Kunzlediener. Die Anderen bezahlt mit klingender Münze, mit mexikanischen Millionensubventionen vom russischen Kapital. Zur Schaffung der „Einheitsfront".

Das Proletariat ist durchsetzt von Zellen des Bürgertums zur Verhinderung der Klassenfront. Alle proletarischen Intelligenzen, die das Proletariat infolge seiner veralteten Führerorganisationen selbst zum Bürgertum abfonderte, stehen bewußt und unbewußt im Solde und im Dienste der bürgerlichen Klasse. Das Proletariat, befangen in bürgerlicher Ideologie, gefesselt durch seine ein Stück Kapitalismus verkörpernde Gewerkschaften, glaubt an eine Eine Zusammenfittung der Gegensätze zur Schaffung einer Einheitsfront.

Die 2. Internationale hat sich durch ihre nationalen sozialdemokratischen Parteien offen mit den verschiedenen nationalen Kapitalistenklassen verbunden. Sie reden dem Proletariat aber vor, daß dieses nötig sei zu seiner Befreiung. Sie wollen den Kapitalismus erst wieder rieteskraft machen. Dazu sei es nötig, daß die Proletarier alle zu ihnen kämen. Das sei Einheitsfront. Die 2½. Internationale, grundsatzlose ringelnde Opposition gegen manche Handlung der herrschenden Klasse, von der sie zweeilig ausgeschaltet sind. Ihre Parteien, knochenlose Leibheit als Pazifismus anpreisend, gebärden sich als die „Bannerträgerinnen" der verschiedenen nationalen Arbeiterklassen. Sie alleine bieten sich an als die wahre Einheitsfront.

Die 3. Internationale, das Machtinstrument des russischen Kapitalismus — von diesem bezahlt mit Blutgelden, welche für die verhungernden Millionen gesammelt sind — in den Händen eines Dutzend Renegaten, benützt wirksich eine Einheitsfront. Sie benötigen eine Einheitsfront zur weteuropäischen Proletariat, damit die Revolution verhindert wird, damit die Proletarier in Westeuropa den Kapitalismus in Kapitalisten bilden helfen. Denn mit den westeuropäischen Kapitalisten bilden die russischen längst eine Einheitsfront.

Eine Einheitsfront des Proletariats kann nur zustande kommen, wenn sich die Proletarier in den Betrieben zusammenschließen, wo sie die Macht verkörpern, wo sie unter Ausschaltung aller bezahlten Führer ihren Organisationsapparat in die Hand nehmen und damit ihr eigenes Geschick, um die Dauen und Bankelmütigen dem Einfluß der Führerparasiten zu entziehen.

## Karl Liebknecht über die Einheitsfront

Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erfreuen als wir. Einigkeit, die das Proletariat stark gemacht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit" macht stark. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Frraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenketten, heißt sie lähmen.

Gleichberechtigte Kräfte verbinden, das ist unser Bemühen; verschiedengerichtete Kräfte verkoppeln, um die radikalen Stoßkräfte der Revolution zu hemmen und abzulenken, das ist das Bemühen der jetzigen Einheitsapostel, wie es das Bemühen der Einheitsprediger im Kriege war.

Politik ist Tat. Zusammenwirken zur Tat setzt Einigkeit über Weg und Ziel voraus. Wer mit uns in Ziel und Weg übereinstimmt, ist uns willkommener Kampfgenosse.

Einigkeit im Geiste, in der Gesinnung, im Wollen und Handeln, das nur ist wahre Einigkeit; Einigkeit in der Phrase ist Zerficht, Selbsttäuschung oder Betrug.

Die Einigkeitsapostel, sie wollen die „Revolution", die noch kaum begonnen, schon heute liquidieren; sie wollen die Bewegung in ruhige Bahnen lenken, um die kapitalistische Gesellschaft zu retten; sie wollen dem Proletariat durch Wiederherstellung des Klassenstaates und Erhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft die Macht wieder aus den Händen winden, während sie es durch die Einigkeitsphrase hypnotisieren. Sie lallen über uns her, weil wir dieses Vorhaben durchkreuzen, weil wir es ehrlich und ernst meinen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der sozialistischen Weltrevolution.

Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind als sozialistisch verkleidete Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter?

Können wir, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Anschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gebührt nicht Einigkeit, sondern Kampf.

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, starker Wille zu ihrer Erfüllung, zielbewußte Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können, Zerstreuung des Einigkeits-Phrasenebels, Abstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist denn das erste Gebot — heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Stärkeit erwachsen; nur aus Klarheit der Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus.

(Vorstehendes entnehmen wir einem Artikel Karl Liebknechts über den „neuen Burgfrieden" aus der „Roten Fahne" vom 19. November 1918. Wir geben diesen Teil hier wieder, weil er heute zutreffender ist, als im Kurt abgedruckt ist. Diese „Rote Fahne", die bis auf den heutigen Tag den Namen Karl Liebknechts unter ihrem Titel trägt, diesen Märtyrer tagtäglich wenigstens fünfmal schändet und seinen Namen durch den Kot zieht, wird heute von dem russischen Kapital ausgehalten. Diese „Rote Fahne" bekommt bis auf den heutigen Tag 20 000 Mark monatlich von den 3 Millionen, welche die KPD. monatlich vom russischen Kapital bekommt. Dieses Schandgeld wird verwendet zur Reklame für die Gewerkschaften, um sie dem Kapital als Stütze zu erhalten. Zur Erhaltung des Kapitals wollen sie die „Einheitsfront".

## Der Sprengstoff

Die Beteiligung der Arbeiterklasse am Parlamentarismus heißt Reformismus. Was soll das Parlament anders bezwecken, als Reformen?! Wem nützen diese Reformen? Dem Arbeiter?

Gewiß, ostmals. — Sie geben ihm einen Fetzen, wo er ein Kleid zu beanspruchen hat. Sie hindern ihn, sich alles zu nehmen; alles. Er, der alles schafft, hat ja alles zu verlangen.

Dem nützt da also wirklich der Parlamentarismus?

Der Bourgeoisie! Ihr halten ja die Reformen und Reformchen — die Errungenschaften des Parlamentarismus — den Arbeiter ruhig. Das Parlament also ist ein Machtmittel der Bourgeoisie.

Kann der Arbeiter dem Klassengegner Waffen für dessen Machtmittel liefern?

Er tut es, wenn er Parlamentarier zur Führung seiner Interessen auserfieht, wenn er seine Stimme in die Wahlurne versenkt, um sie für eine Wahlperiode gänzlich los zu sein.

Als die Bourgeoisie dem Volk die Macht abnahm, sah sie einen stärkeren Gegner erwachsen, das klassenbewußte Proletariat. Nach dem Prinzip „teile und herrsche" gab sie dem neuen Gegner lose ein Ende ihrer eigenen Waffe illusorisch in die Hand, welche sie in Wirklichkeit aber unentreißbar festhielt. Ihr standen doch alle Mittel dazu zur Verfügung: Schule, Kirche, Presse usw. Das Parlament macht im kapitalistischen Staat selbstverständlich kapitalistische Gesetze und — der Arbeiter hilft sie machen, gegen sich selbst. Seine bezahlten Führer (und die es sein möchten und werden wollen) klammern sich an das bourgeoise Machtmittel. Sie machen die Parlamentstribüne zu einem Forum, von dem aus sie zum Ergötzen der Bourgeoisie Parteipolitik gegeneinander treiben. Um diesen konfrontierten, haarspaltersich-theoretischen „Kampf" gegen die eigene Klasse dort nicht verlegen zu lassen, weil er ihre Krippe bedeutet, halten sie sich unterwegs mit dem Parlament verbunden. Sie suggerieren ihren Parteigängern durch fortwährende, die Arbeiterklasse kritisierende und zerklüftende Parolen die Notwendigkeit des Parlamentarismus. Programmauslegungen in allen Moden, Polemiken, Wortrevolutionen, Wortduelle, Worte, Worte, Worte machen die Arbeiterwähler schwindelig, lassen ihn staunen ob der Geistesgröße seiner Tribunen und — lassen ihn vergessen, was es ureigentlich gilt.

Dasselbe System offenbart sich dem aus der Trance Erwachten im Gewerkschaftswesen. Hier wie dort Reformen statt alles. Hier wie dort hilft der Arbeiter-„Führer" der Bourgeoisie zu den, was sie, wenn der Arbeiter alles nehmen würde, was ihm gehört, nicht erreichen könnte. Hier wie dort klammert sich der Führerklüngel an die Futterkrippe. Hier wie dort Worte, Worte, „Erwägungen", nichts als Worte.

Wenn die Masse der revolutionären Arbeiterklasse diese Erkenntnis in sich kristallisiert hat, wird sie wissen, daß sie, statt der reformerisch gewonnenen Fetzen, alles haben kann: daß dieser Reformismus der einzige Riegel vor der Tür des Kleiderschrankes, des völligen Besitzes ist, daß der Parlamentarismus, der Gewerkschaften, das ganze autoritäre, „kraftzentralistische" Führersystem der einzige Sprengstoff ist, der ihre Kampfphalanx auseinanderreißt.

Das stetig sich steigernde Selbstbewußtsein des Proletariats wird es verstehen, diesen Sprengstoff aus dem Wege zu räumen. Es wird ihr für sich, gegen das bourgeoise Kapital hinzugen, indem es den Führern, anstatt ihn in Parlamenten, Vorstände, „Zentralen" zu senden, zur direkten Beratung unter sich, neben sich setzen läßt. Der selbst sich seines Wertes und seiner Kraft bewußte Proletarier wird seine Zentralen zu wirklichen Zentralen machen, welche den Gesamtwillen des Proletariats wirklich zentral zusammenleiten. Dann wirken sie nicht mehr als Sprengstoff.

Wenn das Proletariat nicht mehr der Spielball und Sklave der Generale und Gewerkschaftsbossen sein will, muß es sich in den Betrieben zusammenschließen, um die Produktionsmittel in die Hand zu bekommen, muß es die Betriebsorganisationen zusammenfassen zur Klassenfront, um den Herrschenden die politische Gewalt zu entreißen, um den Produktionsapparat beherrschen zu können. Wenn unter der Diktatur des Proletariats. Dann verschwinden von selbst Gewerkschaftsbeamte, Generale, „Republiken" und Ausbeuter.

## „Der Weg zum Sozialismus"

**Aus Köln wird ein Traktätchen nach Art der Bibelforscher versandt, in dem u. a. folgendes steht:**

Am 1. Juni spricht Paul Levi im Gürzenich-Saal in Köln über das Thema: „Genua und Weltproletariat . . . Solange es zwei Klassen gibt, **solange der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht ausgeglichen ist,** solange besteht keine Aussicht auf Rettung . . . **Nur Ausgleich und Gerechtigkeit kann helfen . . .**

**Diese Befreiung bringen kann aber lediglich — der schöpferische aufbauende Geist und die Einigkeit im Geist und in der Tat. Niemals wird die zerstörende Gewalt diese Befreiung bringen,** wie uns ja die Geschichte gelehrt hat. **An Deutschland, an den deutschen Proletariern ist es gelegen, ob diese durch vernünftigen Jedoismus** die Wege finden werden, um den Arbeitern aller Länder den Auffstieg zur rettenden Höhe zu zeigen."

Dieser Levi, ein verkrachter Winkeladvokat, hat mit russischem Geld und auf russischen Befehl den Spartakusbund, den Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring mit den Berliner Revolutionären schufen, zerrümmert. Die Revolutionäre hinausgeworfen, die Kassen gestohl und eine „Massenpartei" daraus gemacht, die heutige KPD. Wegen Geschäftsdifferenzen mit den russischen Geldgebern machte er sich selbstständig. Dieses Geschäft ging bankerott. Die Trümmer schaunte er der USP. zu und erhielt dafür eine leitende Stellung in deren Zentralkomitee. Scheinbar ist sie nicht genügend bezahlt und er übt noch eine Nebenbeschäftigung bei den Baptisten aus.

# Wirtschaftliche Rundschau

## Dreitausend Prozent Reingewinn

**Auf je 1000 Mark eingezahltes Kapital ein arbeitsloses Einkommen von 30 000 Mark Gewinn in einem Jahre!** Das dürfte wohl fast der Rekord des „notleidenden" Kapitals sein, der sich nicht verschleiern läßt. Erzielt wurde er von der Harburger Eisen- und Bronzewerke-A.-G. Diese gehört zu den Metallindustriellen, die gegenwärtig in ganz Deutschland einen so heroischen Kampf für Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne kämpfen, um sich vor der drohenden Verarmung zu retten. Es ist klar, daß sich die Gewerkschaftsbureaukratie dieser klingenden (rauschenden) Freundschaft nicht entziehen kann.

Diese A.-G. arbeitet mit einem Betriebskapital von dreieinhalb Millionen Mark, das anläßlich zu Zahlen der Bilanzsumme (im Mai d. J.) erhöht wurde. Verteilt wurden nach großen Abschreibungen und Rückstellungen 29½ Millionen Mark. Außer großen Reserven — deren Höhe aus der Bilanz ebensowenig ersichtlich ist wie die Aufschlüsselungsmöglichkeit — sind noch 44 Millionen Außenstände; Außerdem werden für 11 Millionen Mark Aktien zum Nennwert ausgegeben. Diese bergen einen aber um wenigstens 1000 Prozent höheren Wert. Das macht zusammen 5000 Prozent! Der Gewinn wird sicher höher sein, aber diese 2000 Prozent sind so verrechnet, daß selbst die Steuerbehörde daraus schlau wird.

Ausdrücklich wird im Abschluß gesagt, daß der große Gewinn nicht etwa auf irgendwelche einmalige Realisationen bestimmter

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Anschauungsunterricht für Proletarier

Die Mannesmannröhrenwerke, Saarbrücken, — von denen selbst die Presse der Schwerindustrie zugibt, daß sie unter dem abgeschlossenen Tarif bezahlen — haben ihr Röhrenwalzwerk in Bous a. d. Saar stillgelegt. Dann hat das Werk Listen aufgelegt, in das sich Arbeiter einzeichnen können, die gewillt sind, länger als 48 Stunden zu arbeiten unter gleichzeitiger Kürzung des Lohnes um 25 bis 32 Prozent!

Das ist Grundtatsächlichkeit, die imponierend wirkt. Das Unternehmertum kann sich das leisten, weil es seine Klassengenossen und die Gewerkschaften auf seiner Seite weiß. Würden die Proletarier diese Konsequenz aufbringen, würde am Ausgange des Kampfes nicht eine Minute Zweifel bestehen. Die Ausgesperrten werden natürlich ihre Arbeitslosenunterstützung aus der Gewerkschaftskasse bekommen und werden ihre weise Vorsicht rühmen, daß sie in der Gewerkschaft geblieben sind. Die Gewerkschaften aber werden an Hand der letzten Kassenabrechnung überzeugend nachweisen, daß eine Erzwingung der Einstellung durch Anrufung der Solidarität nicht möglich sei. Sie werden den Proletariern rechnerisch beweisen, daß es möglich wäre, wenn alle in der Gewerkschaft wären und viel höhere Beiträge bezahlten. Schaffung eines großen Fonds werden sie nun als das wichtigste hinstellen.

Die Taktik der Gewerkschaften im süddeutschen Metallarbeiterstreik und die Schreibereien der „Betriebsräte-Zeitung" des ADGB. zwingt die Unternehmer förmlich zu dieser Handlungsweise. Wenn diese Taktik der Unternehmer und der Gewerkschaften den denkfähigen Proletariern nicht den Weg des Zusammenschlusses als Klasse weist — der in den Betrieben die Keimzelle der Organisation hat — dann wird er mit der Befreiung der Arbeiterklasse noch gute Weile haben.

## Neuer Bergarbeiterstreik

Im Oberharz sind rund 20 000 Arbeiter der Erzbergwerke wegen Lohnforderung in den Streik getreten. Zu einem Grundlohn von etwa 90 Mark pro Schicht forderten die Arbeiter Anfang April eine Zulage von 40 Mark. Am 15. April wurde ihnen darauf eine Höchstzulage von 12 Mark angeboten. Diese Wochen schleppten die Gewerkschaften die Verhandlungen in die Länge. Jetzt, Ende Mai, wurden vom Schlichtungsausschuß 27,50 Mark für Vollhauer zugestanden, während die große Mehrzahl der Förderleute, Bauarbeiter und Tagelöhner nur 6 bis 17 Mark Schichtzulage erhielt. Sofort wurden in den meisten Revieren Urabstimmungen vorgenommen. Fast durchweg waren gegen 90 Prozent für den Streik. Stillgelegt sind etwa ein halbes Dutzend staatliche Gruben. Das ist eine Szene des großen zwischen Kapital und Gewerkschaften verabredeten Abnützungsaktes des Proletariats. Diese Proletarier haben schon das Todesurteil ihres Streikes unterschrieben, als sie gesetzlich-gewerkschaftlich zu verhandeln und zu streiken begannen.

Sieger werden die Proletarier erst bleiben, wenn sie dem mächtigen Verbündeten des Kapitals, den Gewerkschaften, das Genick umdrehen. Erst dann ist die Bahn frei, dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen.

## Wir, der Herr Borstand

Wieder hat ein Teil des Proletariats die Macht der Gewerkschaften auf seine eigenen Rippen zu fühlen bekommen. **„Wir, die Organisation, haben beschlossen, mit dem heutigen Tage den Streik abzubrechen."** So erklärte der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, Hamann, in der letzten Versammlung der Streikenden Belegschaft der Nordeutschen Kabelwerke Neukölln. Der Streik war wegen der unverschämtesten Entlassung von zwei Kollegen und des Betriebsrats-Ultimatums aus Anlaß der Maßregel ausgebrochen und sollte die Firma zur Wiedereinstellung der Gemaßregelten zwingen. Nach zehntägigem Streik hatte der Verband, die Sanktion zum Streik noch nicht gegeben. Nach weiteren acht Streiktagen brach der Verband durch die eingangs wiedergegebene Erklärung diesem glänzenden Solidaritätsstreik das Genick, trotzdem von den drei Gemaßregelten zwei auf dem Pflaster blieben. Hier muß hervorgehoben werden, daß die Belegschaft mit 362 gegen 8 Stimmen hinter den Gemaßregelten stand! Durch diesen Verrat des Verbandes ließ sich ein Teil der Belegschaft einschüchtern. Immerhin wurden noch 246 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks abgegeben. Trotz dieses offensichtlichen und durch die Zellenaktiver zugegebenen Verrates predigen diese immer noch ihr „Hinein in die Gewerkschaften! Erobert die Gewerkschaften, damit wir „Kommunisten" der 3. Internationale diese Posten bekommen.

Wieviele Schläge und Niederlagen wird der Proletarier noch erdulden, bis er erkennt, daß dieses Gewerkschaftssystem mit dem Kapitalismus aufgewachsen und mit ihm im Laufe der Zeit zu vermachsen ist, daß es jetzt ein Stück des Kapitalismus selbst ist. Erst mit dieser Schutzdamm des Kapitals gestürzt werden, ehe der Kapitalismus selbst beseitigt werden kann.

Hoffentlich wird durch diese Niederlage wieder einem Teil unserer Belegschaft die Augen geöffnet.

**Berlin.** Schon zieht die Niederlage der süddeutschen Metallarbeiter in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit seine Kreise. In Berlin versuchen schon verschiedentlich die Unternehmer, besonders in der Metallindustrie, Vorstöße zur Durchbrechung der achtstündigen Arbeitszeit. So erfuhr in diesen Tagen die Arbeiterschaft der Sanitas A. G., Müllerstraße, gänzlich unvorbereitet, daß die Firma vom Demobilmachungsausschuß die Erlaubnis erhalten habe, Ueberstunden zu machen. Unsere Genossen nagelten in der Betriebsversammlung die unzulängliche gewerkschaftliche Taktik fest und brachten der Betriebsbelegschaft die Ueberzeugung bei, daß jede Ueberstunde prinzipiell abzulehnen sei, welche Erkenntnis im einstimmigen Beschluß der Belegschaft festgelegt wurde, keine Ueberstunden zu leisten.

# Aus der Union

Am 27. und 28. Mai fand in Barmen eine gutbesuchte Bezirkskonferenz der AAU. für Rheinland-Westfalen statt. Vertreten waren 16 Ortsgruppen mit 27 Delegierten und 12 Gästen. Presse und Reichsarbeitsausschuß waren je durch ein Mitglied vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machten Delegierte darauf aufmerksam, daß von der „Eisener Richtung" drei Mitglieder ohne Mandat von einer Ortsgruppe anwesend sind. Weiter wurde festgestellt, daß sie keine Beiträge abliefern, auch weitere organisatorische Verhältnissen wurden ihnen zum Vorwurf gemacht. Erst nach mehrmaligem Auffordern gaben sie eine schwächliche Erklärung ab; auch wollten sie unter allen Umständen Stimmrecht haben. Es wurde der Konferenz angeraten, erst das Referat und Korreferat über Programm und Taktik zu hören, da würde es sich herausstellen, wer die Grundsätze der AAU. verlassen, und somit sich außerhalb der Organisation gestellt hätte.

Das Referat hielt ein Mitglied des provisorischen Reichsarbeitsausschusses. Einleitend wurde betont, daß die Differenzen nicht nur mit der Artikelserie ihren Anfang genommen hätten, sondern lange vorher zu bemerken waren.

Es wurde an Hand der bisherigen Literatur nachgewiesen, daß wir, also „Berliner Richtung", nicht das Programm verlassen haben, immer noch auf dem Standpunkt stehen, daß die Union **alle Kämpfe** des Proletariats zu unterstützen hat, versuchen muß, ihnen Ziel und Richtung zu geben, und damit nicht warten kann bis zum „entscheidenden Stadium".

Der Korreferent hielt uns entgegen, daß Lohnkämpfe nur von einem Teil des Proletariats geführt werden, also **keine Klassenkämpfe wären.** Jetzt, in der Todeskrise des Kapitals, sei eine Besserstellung des Arbeiters unmöglich, daher reformistisch. **Ihr Prinzip ist, jeden Lohnstreik zu bekämpfen.** Sie unterstützen nur die Kämpfe, die zum Ziel haben die politische Macht des Proletariats und **üben nur mit denen Solidarität, die bewußt darum kämpfen.** (Also Seite — Preßk. d. **K.**)

Die Diskussion und auch das Schlußwort sagte ihnen mit aller Deutlichkeit, daß dieser Standpunkt, wenn nicht hongenkrierter Blödsinn, so zum mindesten seine allen schweren Kämpfen des Proletariats ausweicht. **Wir müssen an die Kämpfe herangehen die da sind. Mit den Proletariat kämpfen, mit dem wir leben.** (Die Schüler der zausgeworfenen Zwellektuellen-Clique sagen, daß die Todeskrise Lohnkämpfe nicht rechtfertigt, daß das nur ein Kampf wäre um ein größeres Stück Privateigentum. Sie halten den Lohn des Arbeiters für Privateigentum.)

Wir sagen ihnen, daß gerade jetzt das Kapital ungeheure Anforderungen stellt. Das Kapital zehrt von der Kaufkraft des Arbeiters. Der Markt ist klein — die Preise ungeheuer hoch. **Auf Kosten der Lebenshaltung des Proletariats ruht alles.** Es ist ein fündiges Abgleiten des Proletariats in die Verelendung. **Der Widerstand, den das Proletariat noch aufbringt, sind Lohnkämpfe. Mir, die Union hat alle Wiederstände, alle Kämpfe zu unterstützen. Wir üben auch mit jedem Lohnsklaven Solidarität, der sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung wehrt.**

Nachfolgende Anträge wurden einstimmig angenommen:

**Antrag Köln:**

Die heute am 28. Mai 1922 in Barmen tagende Bezirkskonferenz der AAU. ersieht aus den hier gehörten Ausführungen des Genossen Oestlichaer als Vertreter der Gegenrichtung, daß sie unsere alte Taktik verwerfen und sich dadurch selbstverständlich unserer Organisation abseits stellen.

Die Konferenz verurteilt das Treiben dieser Richtung und gelobt, getreu ihren Grundsätzen an ihrer bisherigen Taktik festzuhalten und sich durch keine Quertreiberein davon abbringen zu lassen.

**Antrag Ortsgruppe Duisburg:**

Die Ortsgruppe Duisburg hält fest am alten revolutionären Programm der AAU. und beauftragt ihren Delegierten, auf der Bezirkskonferenz dafür einzutreten, daß die AAU. den großen Kämpfen der Arbeiterschaft, auch wenn sie um besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen geführt werden, nicht ausweichen darf. Die AAU. soll diese Kämpfe durch die Tat in revolutionäre Bahnen lenken und nicht aus ängstlicher Furcht vor den Verfinken in gewerkschaftlichen Reformismus in Passivität verfinken.

**Antrag Düsseldorf:**

Die Bezirkskonferenz der AAU. Rheinland-Westfalens vom 27. und 28. Mai verwirft die Theorie, die konzentrisch ausgedrückt ist in den Artikeln des „Kampfruf" „Die Union — was sie ist und was sie nicht ist" als unvereinbar mit dem Programm der Grundsätze der AAU. Sie stellt sich in dieser Frage auf ganz hinter die Resolution der letzten Bezirksvorstandsratssitzung vom 23. April 1922 und erkennt damit die vom provisorischen Reichsarbeitsausschuß zur Diskussion gestellten Leitsätze an.

Die Konferenz stellte nunmehr einmütig fest, daß die drei Mitglieder von der „Eisener Richtung" nicht mehr auf dem alten Programm stehen, und sich somit außerhalb der Organisation der AAU. gestellt haben und nun die Konferenz zu verlassen hätten.

Dann wurden die anderen Tagesordnungspunkte erledigt. Diese Konferenz zeigte mit aller Deutlichkeit, daß die Verbrecher an der Revolution keinen Einfluß haben, daß die AAU. nicht feige den Kämpfen des Proletariats ausweicht, sondern mit ihm für unsere gemeinsame Sache kämpft.

**Ortsgruppe Düsseldorf.** Die Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU., Ortsgruppe Düsseldorf, ist nach genauer Information zur Ueberzeugung gekommen, daß der Genosse Max Schroeder auf der letzten Zentralausschußsitzung in bezug auf seine Erklärung über die Kampfgemeinschaft **die Unwahrheit gesagt und sein gebundenes Mandat überschritten hat.**

Sie beschließt, dem Genossen Max Schroeder seine Funktionen zu entziehen und ihm innerhalb eines Jahres keine Funktion mehr zu übertragen.

Die Mitgliederversammlung beantragt, dieses in der „AAZ.", im „Kampfruf" und im „Klassenkampf" zu veröffentlichen.

In Nr. 8 des „Kampfruf" fand an erster Stelle unter der Ueberschrift „Achtung! Wohin der Wind weht", eine irreführende Notiz des Inhalts, daß sich die AAU. - Rheinland-Westfalen mit den Gelsenkirchener (Bergarbeiter-) Union, mit Syndikalisten und anderen Organisationen, die nicht auf dem Standpunkt des rücksichtslosen, revolutionären Klassenkampfes stehen, zu einer Kampfgemeinschaft zwecks Bekämpfung der Gewerkschaften und anderen Gegenvorschlägen zusammengeschlossen hätten. Diese Nachricht entsprach in dieser Form nicht der Wahrheit. Sie war von dem nunmehr ausgeschlossenen Akademikerklüngel — der einzige Wochen hindurch die Majorität des Arbeitsausschusses wie der Pressekommission beherrschte — gegen den Willen der Mitgliedschaft in den „Kampfruf" lanciert. Das war ein Versuch, wider besseres Wissen verschiedene Wirtschaftsbezirke der Union gegeneinander zu hetzen, um so der beabsichtigten Spaltung den Boden zu ebnen.

Tatsächlich beruhte diese „Kampfgemeinschaft" auf einer unverbindlichen „Besprechung" eines einzelnen Genossen. Auf der letzten Zentralausschußsitzung war von vom Genossen Max Schroeder (Düsseldorf) wiederum irreführend dargestellt.

**Ortsgruppe Düsseldorf.**

Die Mitgliederversammlung der KAPD. und AAU., Ortsgruppe Düsseldorf, ist nach genauer Information zur Ueberzeugung gekommen, daß der Genosse Max Schroeder auf der letzten Zentralausschußsitzung in bezug auf seine Erklärung über die Kampfgemeinschaft **die Unwahrheit gesagt** und sein **gebundenes Mandat überschritten** hat.

Sie beschließt, dem Gen. M. Schroeder seine Funktionen zu entziehen und ihm innerhalb eines Jahres keine Funktion mehr zu übertragen.

Die Mitgliederversammlung beantragt, dieses in der „AAZ.", im „Kampfruf" und im „Klassenkampf" zu veröffentlichen.

**Rheinland-Westfalen.**

Einen längeren Artikel des „Klassenkampf", dem Organ der AAU. in Rheinland-Westfalen, entnehmen wir einige Tatsachen, die uns drastisch beweisen, wie überspannte graue Theorien der Schreibtischklassenkämpfer mit der Wirklichkeit kollidieren.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die Genossen Berg und Kalbitzer arbeiten bei einem Tiefbau-Unternehmer, welcher, nebenbei erwähnt, **nicht Mitglied des Unternehmerverbandes ist und die Arbeiter nicht ausgesperrt hatte.** In einer Versammlung der streikenden Bauarbeiter wurde von diesen verlangt, daß B. und K. sich solidarisch zu erklären hätten. In dieser Versammlung hatten die beiden Vertreter der Dritte-mannschen Richtung die beste Gelegenheit gehabt, die Auffassung und die Taktik der Union den Streikenden auszulegen, aber kein Wort davon. **Sie beugten sich dem Beschluß der streikenden Bauarbeiter und stellten dem Unternehmer die Forderung der Gewerkschaften mit dem Bemerken, wenn ihnen dieses nicht bewilligt wird, müßten sie auf Beschluß der Organisation die Arbeit niederlegen.**

Mindestens ebenso weniger rufen diese Leute ihren Vorbetern nach: die „Berliner Richtung" ist reformistisch, will Gewerkschaft werden und Lohnkämpfe führen! Kalbitzer, ein blinder Nachläufer der hinausgeworfenen Führerklique hatte eine Kolonne unaufgeklärter Unionsmitglieder zusammengekommelt, die er nach bekanntem Vorbild als AAU. hinstellte. Hier vertrat er mit aller Energie als **Beauftragter der streikenden Bauarbeiter folgende Anträge: Wegfall der dreitägigen Karenzzeit, Festsetzung des täglichen Unterstützungssatzes auf 45 M., restlose Auslieferung der Vorbestände** bis auf den letzten Pfennig der „reinen 80". Die Solidarität der Genossen sollte in der Art und Weise zum Ausdruck gebracht werden, **indem sie als Union beschlossen:** Jeder Unions-Genosse hat hundert Mark in zwei Wochen zu entrichten. Dieser Beschluß wurde später in einer lang. Versammlung so umgeändert, daß wöchentlich zehn Mark bis zur völligen Einziehung der Summe von hundert Mark zu entrichten sind. **Bei einer auszugehenden Summe von zirka 6500 M. bekäme man bei restloser Entrichtung 70 000—75 000 Mark zusammen. Da könnte man schon etwas mit machen und dann wäre man aus der elenden Kalamität. Gelder für andere Zwecke zu beschossen, heraus.** Die im Hintergrunde stehenden Zwölftzieher, die den hier mißbrauchten Genossen noch nicht bekannt sind, brauchen das Geld zu konterrevolutionären Zwecken. Die trüben Geldquellen scheinen spärlicher zu fließen. Die Geldgeber, die ein Interesse haben, Zwietracht in die Union zu tragen, scheinen zu erkennen, daß sie ihren Zweck nicht erreichen und halten mit Geld zurück. Der Mahr hat seine Schuldigkeit getan, der Mehr kann gehen!

Der „Klassenkampf" erinnert hierbei nochmals als Warnung für andere Ortsgruppen, daß der Emil Sach, als er sich an anderen Orten einige tausend Mark erschwindelt hatte, auch die dortige Unionsstatze auf betrügerische Weise um 5000 Mark geprellt hat. Denn auch später noch gelang es ihnen die BO. Kruppstraße um eine größere Summe zu prellen. Diese murde verwendet, um einen geistig Unterlegenen der Schröder-Sach zu einer sogen „Maßnahme wirtschaftsratsaufsitzung" zu schicken, die in dem Auftrage von zwei wegen unlauterer Manipulationen in Berlin ausgeschlossenen Mitgliedern als reines Privatvergnügen einberufen war.

**Genossen! Augen auf und Kasse zu!**

# Mitteilungen

**Achtung! Spitzel!**

**Ein kleiner untersetzter Mensch, etwa 60 Jahre alt, (welcher sich als organisierter KPD.-Genosse ausgibt) mit Vollbart und Brille, schleicht sich in Berlin unter allerlei Vorspiegelungen an bekannte Genossen heran, um über Genossen Auskunft zu erhalten. Dies ist ein sogen. Rätegesetz-Prüfungs, der mit der Polizei in Verbindung steht. Hier ist mehr als Vorsicht geboten!**

Für Zeitungen gingen ein von Magdeburg 1500 M., durch Postscheckamt 116 M., von Zeitnitz 240 Mark. **AAU.**

**13. Unterbezirk Charlottenburg.** Am Mittwoch, den 7. Juni, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung der Partei, KO. und AAU. Havelstraße 9.

**Nowawes.**

Mitgliedskarte Nr. 84, auf den Namen Paul Maxa, Jurastraße 8, ist verloren gegangen.

**Südwest.**

Wegen Solidaritätsverweigerung wurden ausgeschlossen: Braun, Valentin (17 161), Huber, Anton (48 229), beide Schiffer-stadt.

**Ortsgruppe Ludwigshafen.**

Das Mitglied Hans Ungelenk ist wegen organisationsschädigenden Verhaltens aus der Union ausgeschlossen.

**Ortsgruppe Chemnitz.**

# Wichtige Neuerscheinungen.

(Preise freibleibend.)

M. Philipe Price: Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919. brosch. 18 M., geb. 35 M.

Barge: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, erm., neueste Aufl., 12 M.

Die russische Revolution und die Kommunistische Partei. 2 M.

K. Korsch: Quintessenz des Marxismus, gemeinverständliche Darlegung, broschiert, 5.50 M.

Bruyboeker: Marx und Bakunin, brosch. 50 M.

K. Korsch: Karl Marx, ein Beitrag der materialistischen Geschichtsauffassung broschiert 16 M.

Krische: Marx und Freud, brosch. 5 M.

Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 13 M.

Lenin und Sinowjew: Gegen den Strom (Aufsätze aus den Jahren 1914—1917), brosch. 30 M.

**Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 8**
Ecke Höchstetterstraße.

Postscheckkonto: Berlin 49 029.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Lters Neukölln. — Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck Max Roster, Berlin, Alexanderinenstraße 110.

B2

# Der Kampfruf

## Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 22. „Der Kampfruf" erscheint wöchentlich. Preis 1,50 M.

# Fünfte Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union

## 4. und 5 Juni (Pfingsten) zu Berlin

Vertreten waren 8 Wirtschaftsbezirke durch 13 Delegierte. Ferner 2 Referenten ohne Mandat, die KAP., je 1 Vertreter der „K.A.A.", des „Kampfruf" und des „Klassenkampf". Der Reichsarbeitsausschuß war vollzählig vertreten. Außerdem der Berliner Arbeitsausschuß und die Pressekommission durch je einen Vertreter. Schließlich noch 12 Gäste.

In das Bureau wurden 2 Vertreter des Reichsarbeitsausschusses, je 1 Delegierter von Groß-Berlin und Rheinland-Westfalen gewählt. Abspestimmt wurde nach dem Modus, daß auf je 500 Mitglieder resp. auf jede angefangenen 500 Mitglieder 1 Stimme entfiel. Abstimmungsberechtigt waren nur die von den Mitgliedern gewählten Delegierten. Nicht vertreten waren 4 Wirtschaftsbezirke: Baden, Ostpreußen, Niedersachsen und Thüringen. In Baden bestehen nur wenige Ortsgruppen; diese haben sich südwest angeschlossen und waren durch dessen Delegierten vertreten. In Ostpreußen besteht nur 1 Ortsgruppe: diese ist sich schon vor der Konferenz mit den Leitsätzen vom Mai, die zur Diskussion gestellt wurden, einverstanden erklärt und jene Ortsgruppe Niedersachsen unter Dreikönnertheorie der „Eisener" Privat-„Union" abgesehnt. Thüringen und Niederlausitz haben nur sehr wenig Mitglieder, denen zweifellos die Unkosten für einen Delegierten zu hoch waren. Außerdem stehen in diesen drei Wirtschaftsbezirken kleinere Gruppen von Mitgliedern infolge der Maulwurfsarbeit der ausgeschlossenen Akademiker noch unentschlossen da. Kleinere Splitter haben sich auch zu der sog. „Eisener Richtung" bekannt. Hier ist es noch Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir zweifeln nicht daran, daß, soweit es sich um klassenbewußte Proletarier handelt, diese zur Erkenntnis kommen werden, und diesen kleinen Gernegroßen mit den großen Gesten den selbe Abfuhr erteilen werden, die sie in Essen und anderen Orten erhielten. Die scheinbar unerschöpflichen Geldmittel gefallen diesen Leuten bis heute noch, mit ihren Agenten Spitzeln herumzureisen und Schundliteratur und Rundschreiben in großen Auflagen in Sack und Zu schicken. Zweifellos werden sie auch Kolonnen organisieren können, die eigentlich in die Technische Nothilfe gehören; Proletarier, die ihrer ideologischen Einstellung nach in die Union gehören, werden sich nicht lange täuschen lassen.

Die Konferenz tagte am Montag bis in die späte Nacht hinein. Aus technischen Gründen ist es uns aber nicht möglich, ausführlich zu berichten. Wir bringen daher nur das wichtigste. Wir werden aber über den Verlauf der Tagung noch ausführlich berichten.

•

Diese fünfte Reichskonferenz hat den Beweis erbracht, daß die Union ein Faktor der Revolution ist, mit dem allseitig gerechnet wird. Die Union hat sich durchgesetzt und lebt trotz alledem. Sie ist das Zentrum der revolutionären Proletarier, die erkannt haben, daß die Arbeiterklasse sich dem drohenden Untergang nur entziehen kann durch Zusammenschluß der Proletarier zur Klassenfront, zum Sturze des Kapitals. Zur Diktatur des Proletariats die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, um planmäßig für den Bedarf aller zu produzieren. Die Tagung war von dem unerschütterlichen Willen getragen, alle Kräfte zusammenzuschweißen und in dieser Richtung einzusetzen. Die Union ist heute ein geschlossener Block, wo einmütig der konzentrierte Willenswille herrscht. Trotz der sehr regen und ausführlichen Diskussion, an der sich alle Delegierte mehrfach zu jedem Tagesordnungspunkte beteiligten, kam als Resultat nur ein einziger festgeprägter Wille zum Ausdruck. Auch dieses Wollen die Wiederspiegelung des Willens der Mitglieder ist, bewiesen die gebundenen Mandate zu allen Tagesordnungspunkten. Alle Beschlüsse und Vorsätze wurden einstimmig gefaßt, bis auf eine Stimmenthaltung der Hamburger Delegierten. Unnötige Fragen, die dort nicht zur Diskussion gestanden, und auf welche sich folgedessen das Mandat nicht erstreckte.

Dieser einmütige Willen beweist uns die fortschreitende Selbstbewußtseinentwicklung der Proletarier im ganzen Reich. Hauptsächlich Rheinland-Westfalen, das Herz des Ruhrkohlengebietes des westeuropäischen Festlandes, birgt eine frohe Zukunftshoffnung für die Revolution. Rheinland-Westfalen war durch drei Delegierte und einen Referenten ohne Mandat vertreten, die aus verschiedenen Produktionsgebieten stammten, und deshalb sehr wohl einen Blick in die Zukunft gestatten.

Die rücksichtslose und offene Kritik und das Einsehen, Verstehen und Lernen aus den eigenen Fehlern gibt uns die Gewähr, daß das Versinken in Reformismus und Passivität keine Gefahren sind, wenn alle Glieder der Union sich auch künftig ihrer Aufgabe bewußt bleiben.

**Der Geist der Union ist gesund!**

Die „Krise" ist überwunden. Daß es uns gelang, den individualistischen Führergrößenwahnsinn und dessen erkrankten marxistischen Anhang abzustoßen, war zweifellos ein nicht zu unterschätzender Gesundungsprozeß.

Es gilt künftig, alle Kräfte anzuspannen und neue zu lösen. Unsere Aufgaben sind riesengroß. Nicht klein sind die Gefahren, die uns umlauern. Wir müssen unsere Aufgabe erfüllen, denn die Geschichte verlangt es. Wir können es, wenn wir wollen.

**Genossen, ans Werk!**

## Referat über die politische Lage.

### Die Todeskrise des Kapitals.

In unserem Bericht vom Parteitag der KAPD. in Nr. 21 des „Kampfruf" haben wir die Weltwirtschaftslage schon in großen Umrissen gezeichnet und daraus bewiesen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung den Kreislauf zwischen Produktion und Bedarf nicht mehr regeln kann. Ferner, daß die scheinbare Gesundung die blühende Schwindsucht des Todeskandidaten Kapitalismus ist und nur auf politische Machtbefestigung ohne wirtschaftliche Basis ist.

Aus unsere Ausführungen müssen wir auf diesen Artikel verweisen. Wir müssen auf diesen Punkt noch weiter eingehen, denn nur durch den Nachweis der Todeskrise des Kapitals beweisen wir die Daseinsberechtigung der KAPD. und der Union.

Das typischste Beispiel von der „Gesundung" des Kapitalismus ist Deutschland. Unsere höhere Demokratie hat in Genua sogar eine „aktive" Handelsbilanz präsentiert. Unsere Volkswirtschaft ist also sehr „gesund". Wir haben das öfteren schon nachgewiesen, daß dies Schwindel und Fälschung ist. Unser Staatshaushaltsplan hat auf dem Papier (im neuen Steuervorschlag 1922-23) einen Ueberschuß von 5 Milliarden Mark. Der Ueberschuß ist herausgerechnet, weil die Reparationskommission eben einen Ueberschuß herausgerechnet haben will. Um das Experiment fertig zu bekommen, hat die deutsche Demokratie-Bureaukratie 35 Papiermark für eine Goldmark gerechnet. Die Reichsbank zahlt aber in demselben Augenblick 60 Papiermark für 1 Goldmark. So wie diese, sehen alle Berechnungen der Bourgeoisie aus und lassen sich auch alle so beweisen.

In Amerika, wo man infolge der stabilen Valuta nicht mit solchen einfachen Rechenexempeln täuschen kann, ist das Bild ein anderes. Amerika ist der Gläubiger Europas, hat 30 Milliarden Dollar Staatsschulden. Das sind 7 Billionen 500 Milliarden Papiermark (eine Billion gleich eine Million Millionen). Eine ganz unmögliche Zahl. Während die europäischen Staaten mit hochwertiger Valuta ihren Notenumlauf ganz oder zum Teil durch Goldreserven gedeckt haben, sind die amerikanischen Noten „gedeckt" durch keine Forderungen an die bankrotten europäischen Staaten. Die ganzen amerikanischen Zahlungsmittel und die Schuldtitel der amerikanischen Kapitalisten an ihren Staat haben nur Makulaturwert in demselben Augenblick, in welchem das europäische Proletariat seinem Kapitalismus die Arbeit verweigert resp. sich die Produktionsmittel aneignet. Nur die Arbeitskraft und die Arbeitswut des Proletariats hält den kapitalistischen Apparat zusammen. Ohne den Willen des Proletariats, sich für das Kapital zu verbluten, haben alle Schätze und Produktionsmittel für den Kapitalismus nicht einen Deut Wert. Es ist wohl klar, weshalb Amerika seine Forderungen an Europa nicht nachlassen kann, und weshalb alle Berechnungen der Bourgeoisie, die hierauf basieren, zuschanden werden müssen.

Der zeitweilige Aufschub an Deutschland, Reparationszahlungen zu leisten und die Anleihe, können wohl den Zusammenbruch Deutschlands und damit Westeuropas für einige Zeit aufhalten. Diese Mittel haben aber gleichzeitig den Zweck, Deutschlands Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu beseitigen, um den rapid zusammenbrechenden Kapitalismus Amerikas und Westeuropas aufzuhalten. Das muß mit Naturnotwendigkeit in Deutschland eine Arbeitslosigkeit und Teuerung hervorrufen, von der sich das deutsche Proletariat heute noch keinen Begriff machen kann. Das Beispiel des kleinen Oesterreich, wo in acht Monaten die Arbeitslosenziffer von 8000 auf 100 000 emporschnellte, kann uns einigermaßen Nüchtschnur sein.

Rußland ist nur eine Fata Morgana; zerrüttet in einem Maßstabe, von dem sich sehr schwer einen Begriff machen kann. Das Volksvermögen ist von 12 Milliarden Goldrubel im Frühjahr 1914 auf 5 Milliarden gesunken! Zur Wiederaufrichtung der Landwirtschaft gebraucht Rußland 3 Milliarden Goldrubel; zur Wiederaufrichtung des Transportwesens 5 Milliarden, zusammen 10 Milliarden Goldrubel gleich 1 500 000 000 000 Papiermark. Die Ausfuhr Rußlands beträgt nur 8,5 Prozent der Ausfuhr von 1913! Irgendeine Kaufkraft besitzt Rußland nicht. Seine Rohprodukte sind ohne Wert, da sie in der Erde schlummern. Selbst die kleine russische Industrie ist in der Hauptsache auf ausländische Kohlen und Rohstoffe angewiesen. Das war schon vor Jahrzehnten so und trifft heute noch zu. Um die russischen Rohstoffe abzubauen, bedarf es jahrzehntelangen Exportes proletarischer Arbeitsprodukte. An eine Rentabilität wäre nicht zu denken. Ohne Profit aber raucht kein Schornstein. Heute bezahlt Rußland mit seinem kleinen Goldvorrat. Eine Industrie und Transportwege in Rußland zu schaffen, um einen Mark zu erzeugen, das ertragen die europäischen Produktionsmittel nicht. Diese sind seit acht Jahren nicht erneuert und unerhört verwildert. Um nur ein Beispiel zu zeigen: Die deutschen Produktionsmittel sind auf den Stand von 1907-08 zurückgeworfen. Amerika ist erst recht aufgebaut dazu, weil diesen Industrie schon heute ausliefert, da es am Ubzah gebricht, bzw. die vorhandenen Absatzmöglichkeiten nicht genügend Profit lassen. Aus diesem Grunde sind schon heute in Amerika fast 10 Millionen Arbeitslose. Augenblicklich hebt sich die Industrie dort etwas, dafür geht sie aber nachweislich in anderen Staaten noch mehr zurück.

Das kapitalistische Produktionssystem ist außerstande, die Produktionsbasis zu erweitern. Noch mehr ist es außerstande, eine Reproduktion, eine Erneuerung der Produktionsmittel zu vollziehen. Eine Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals findet nicht mehr statt. Die Konzentration (Zusammenziehung) sind nur buchtechnische Manipulationen einzelner Konzerne. Die Gesamtwirtschaft befindet sich in rückläufiger Bewegung.

Rußland scheidet um so mehr als Export- und Kolonialisationsland aus, als dort keine Industriearbeiterschaft vorhanden ist. Die verhungernden Völker Rußlands lassen sich dazu nicht verwenden. Viele Millionen sind Hungers gestorben, andere Millionen sind dem unerbittlichen Hungertode preisgegeben. Der amerikanische oder europäische Arbeiter kann unter russischen Verhältnissen nicht leben. Das Durchschnittseinkommen des arbeitenden russischen Proletariers beträgt 30 Goldrubel (60 Mark) monatlich. Lebensbedingungen dort für den ausländischen Arbeiter zu schaffen, scheitert an der Unmöglichkeit des Profits. Weitblickende Großkapitalisten und bürgerliche Wirtschaftstheoretiker sehen dies ein und drinnen es in der Finanz- und Wirtschaftsliteratur unverhohlen zum Ausdruck. Nur die sozialdemokratischen Parteien und die Internationalen von Nr. 1 bis 3 versuchen durch faule Rettungsversuche dem Proletariat weizumachen, daß der Kapitalismus wieder aufwärtsfähig sei. Sie sind eins mit dem Kapitalismus und müssen mit diesem verschwinden. Deshalb handeln sie nach der Devise: Helf, was helfen mag.

Allerdings erhofft auch das Kapital eine Lebensverlängerung durch, daß 40 bis 50 Millionen Proletarier freiwillig verhungern werden. Sein Rettungsanker sind die Gewerkschaften. Aber alle Mittel, die angewendet werden, bedeuten einen Rückgang des Konsums, eine Verengerung der Produktionsbasis und größere Unmöglichkeit der Reproduktion.

Die Lebensdauer des Kapitalismus als Geschichtsepoche ist abgelaufen. Mit dieser Tatsache muß das Proletariat rechnen. Will es nicht als Klasse versinken in Barbarei, muß es sich Kampf einstellen. Es gibt nur einen Rettungsweg: **Revolution!**